

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 1. Mai 1897.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Höhe oder niedrige Arbeitslöhne? I. — Kleingewerbe und Großbetriebe. II. — Zur Wohnungsfrage. — Sind wir mit den Gewerkschaftskartellen auf dem richtigen Wege? — Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr.- u. St.-K. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Gerichtszeitung. — Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Formern und Siebereitern nach **Lerr** in Ostfriesland (Firma Bockhoff & Co., nach **München** St., nach **Meißen** (Fabrikwerk), nach **Dinglingen** und **Stuttgart** (Häusler); von Metallarbeitern nach **Forst** & Co., nach **Nürnberg** F. Brunner (Metallwaarengeschäft); von Klempnern nach **Flensburg** (Blechwaarenfabrik Chr. F. Müller), nach **Offenburg** in Baden (Blechmeister und Installateur Adolf Burg), nach **Dessau** & Co.; von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Halsen** bei Berlin (Sturmbogel); von Arbeitern der Lampenbranche nach **Neustadt** a. d. Orla (Carl Berthold); von **Huf-** und **Wagenschmieden** nach **Karlsruhe** i. Baden & Co. **Nürnberg** St.; von **Bauschlossern** nach **Karlsruhe** (H. Kreis, E. Mees), **Manheim** & Co.; von **Schleifern** nach **Siefeld** (Bar u. Kempel).
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; & heißt: Lohnbewegung.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die letzte Generalversammlung hat, wie alle früheren, beschlossen, das Protokoll der III. ordentlichen Generalversammlung in Druck erscheinen zu lassen. Um nun die Auflage desselben bemessen zu können, ist es nötig, daß diejenigen, die sich Protokolle anschaffen oder dieselben zum Vertrieb übernehmen wollen, umgehend die Höhe ihres Bedarfs nach hier mitteilen. Der Preis des Protokolls wird den der bisherigen nicht übersteigen.

Bezüglich der Bestellung der Protokolle bemerken wir, daß nur solche Bestellungen berücksichtigt werden können, die, sofern sie von Verwaltungsstellen oder Fachsektionen ausgehen, vom Bevollmächtigten und Kassier unterzeichnet und mit dem Ortsstempel versehen sind, während von Einzelbestellern ausgehenden Bestellungen der Kaufbetrag eventuell in Postwertzeichen beigefügt sein muß.

Zur Erleichterung der Geschäfte empfehlen wir den Verwaltungen bzw. Bevollmächtigten der Einzelmitglieder der Hauptkasse, für die Bestellungen ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Verwaltungen und Mitglieder, die mit früher bezogenen Protokollen nicht abgerechnet haben, haben zu gewährleisten, daß ihre Bestellungen ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Höhe oder niedrige Arbeitslöhne?

I.

In den sozialen Kämpfen unserer Tage spielt die Presse eine große Rolle, an der die Arbeiterklasse einen nur kleinen Anteil hat. Man nehme nur beispielsweise Berlin; von den ca. zwei Duzenden täglich erscheinender Blätter gehört ein einziges der Arbeiterschaft, nämlich der „Vorwärts“. Die Hunderttausende von Exemplaren der andern Tagesblätter, welche alltäglich unter Volk gebracht werden, sind ebenso viele Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Interessen gegen die Interessen der Arbeiterklasse. In den sozialen Kämpfen steht die bürgerliche Presse fast immer auf Seite der Unternehmer und zwar entweder durch offene Parteinahme für sie und gegen die Arbeiter, oder durch „unparteiisches“ Schweigen. Die Regel bildet aber die energische Vertretung der Unternehmerinteressen und die rücksichtslose Bekämpfung der Arbeiter.

Mit viel Dummheit, Heuchelei und Demagogie besorgt die bürgerliche Presse dieses Geschäft. Sie haranguiert und belügt das Publikum und suggeriert ihm die größten Irrthümer. Zu den letztern gehört auch die häufig mit viel Wohlwollen und Arbeiterfreundlichkeit vorgebrachte Irrlehre, daß hohe Arbeitslöhne die Lebenshaltung auch des Arbeiters vertheuern und ihm daher hohe Arbeitslöhne gar nichts nützen. Das Publikum nimmt diese Irrlehre um so leichter und gläubiger auf, als sie auf den ersten Blick sehr wahr und einleuchtend erscheint und als sie ferner seinen allgemeinen Anschauungen über die Arbeiterverhältnisse und auch seinen allgemeinen bürgerlichen Interessen scheinbar am Besten entspricht; denn das Publikum, welches sich von der bürgerlichen Presse leiten läßt, ist eben das Bürgerthum. Wäre diese Ansicht über die hohen Arbeitslöhne, welche in den sozialen Kämpfen alle Tage von jener Seite verzapft wird, richtig, so müßten natürlich die niedrigen Arbeitslöhne das Zweckmäßigste und Beste und der schlechteste Handwerker mit seinen Wochenverdiensten von 4—6 M. der glücklichste Arbeiter sein. Daß das Gegentheil richtig ist, wissen nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Gegner.

Die schlecht gelohnten Arbeiter sind zunächst natürlich auch die schlechtest genährten und körperlich schwächsten, daher auch leistungsunfähigsten Arbeiter. „Wie wichtig eine gute Ernährung für die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist“, sagt der badische Fabrikinspektor in seinem Jahresberichte für 1896, „sieht man erst dann mit aller Deutlichkeit, wenn Arbeiter von dürftiger Ernährung in eine Fabrikarbeit eintreten, die etwas mehr Ansprüche macht. So zog eine Fabrik Arbeiter aus industrielozen und armen Gegenden des Oberrheins bei. Sie waren meist von dürftigem Ernährungszustand und zeigten sich für die an sich nicht gerade schwere Arbeit nicht ausdauernd genug. Die Erwartung, daß sich dies bei dem höhern Verdienste und der damit verbundenen reichlichen und kräftigern Ernährung bessern werde, ging nicht in Erfüllung. Die Folgen der zu dürftigen Ernährung in der Jugend konnten nicht beseitigt werden. Der Versuch des Weizuges von Arbeitern aus den genannten Gegenden wurde daher aufgegeben.“

Diese Darstellung ist sehr interessant und lehrreich. Sie zeigt, wie die Verhältnisse in jenen Gegenden beschaffen sind, woher man sich Streikbrecher holen kann und wie diese selbst beschaffen sind. Die Darstellung macht auch die nach den meisten Streiks zu beobachtende Erscheinung erklärlich, daß die Streikbrecher alsbald wegen Unbrauchbarkeit wieder entlassen und ihnen so zum Danke für die geleisteten Streikbrecherdienste der Laufpaß wieder gegeben wird. Der badische Fabrikinspektor bringt sodann noch die im Jahre 1896 eingetretenen Lohnerhöhungen und Verdienststeigerungen mit einer wahrnehmbaren Verbesserung der Ernährungsweise in Zusammenhang. Sogar der Stumm weiß, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters von seiner Ernährung abhängt und er sagte deshalb im Reichstage bei Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des Achtstundentages, daß man die Bestrebungen, den deutschen Arbeiter zu einem größeren Fleischkonsum anzuregen, fördern sollte. Nur hat er vergessen, zu sagen, wo denn solche Bestrebungen bethätigt werden. Sie sind bekanntlich nur auf Seite der organisierten, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter zu finden. Wie die Unternehmer die Ernährung der Arbeiter verstehen, das zeigen sie in ihren Fabrikspeiseanstalten, wo den schlecht entlohnerten Arbeitern für 10—15 J ein „Mittagessen“ von etwas Suppe mit Knochen und einer Mhnung von Fleisch gegeben wird; das zeigen ferner die Speiserezepte des katholischen „Sozialpolitikers“ Olze und der Glabacher Textilmillionäre, des Großindustriellen und Genossen Stumm's, Peter zu Neiviges, der das

Mittagessen für eine ganze Arbeiterfamilie auf 30 J berechnet usw.

Andere Ansichten als die deutschen Unternehmer haben über die Ernährung der Arbeiter und daher auch über die Lohnhöhe die Unternehmer in England, Amerika, Australien etc. Der amerikanische Fabrikant Schönhof sagt in seinem nationalökonomischen Werke, daß die technischen Verbesserungen nur anwendbar seien mit einer durch hohen Lohn und kurze Arbeitszeit leistungsfähig gewordenen Arbeiterschaft. „Der höhere Lohn pro Tag“, sagt Schönhof weiter, „der in den Ver. Staaten vorherrscht, ermöglicht den Arbeitern eine bessere Lebensweise und Ernährung an Körper und Geist. Sie essen mehr und bessere Nahrung, als irgend welche Arbeiter Europas und ihre allgemeine Lebenshaltung ist eine höhere. Sie bedienen mehr Spindeln und Webstühle in der Textilindustrie. In der Stahlfabrikation, in den Kohlenbergwerken, beim Roaßen u. dgl. bringt eine gleiche Anzahl Arbeiter in derselben Zeit mehr Produkte hervor, als irgend welche ihrer europäischen Konkurrenten. Sie arbeiten stetiger in jeder einzelnen Stunde ihres Arbeitstages. Die Steifigkeit des Arbeiters, das Hingeben seiner ganzen Energie an die Arbeit ist äußerst intensiv und nur möglich, wo gute Nahrung vorliegt. Jeder Moment wird genutzt, um die größtmögliche Stückmenge zu erzielen, die seiner Maschine oder seinen Händen abgerungen werden kann. Dies allein erklärt den hohen Verdienst in einzelnen Beschäftigungen, der in Europa Erstaunen erregt.“

Solche vernünftigen Anschauungen, die da ein amerikanischer Fabrikant wahr und offen vertritt, sucht man vergebens bei den deutschen Unternehmern. Sie sind gegen ihre amerikanischen Kollegen mit ihren freien und höhern Anschauungen die reinsten Schacherjuden, welche um jedes Stück Brod mit dem Arbeiter feilschen und es lieber zur Befriedigung einer niedern Gewinnsucht in den eigenen Sad stecken, als dem Arbeiter zukommen zu lassen. Wie die Agrarier an ihrem Grund und Boden vielfach Raubbau treiben, so die Industriellen an der deutschen Arbeiterklasse. Im Widerspruch mit der Vorliebe für niedrige Arbeitslöhne steht die unersättliche Begehrlichkeit der Unternehmer nach hohen Geschäftsgewinnen, bei den Aktiengesellschaften nach hohen Lantien und Dividenden. Von der Verschwendung und Zufriedenheit, die sie den Arbeitern predigen, von den bettelhaften Rezepten für Ernährung der Arbeiter ist bei ihnen selbst keine Spur.

Die sogar einmal von einem preussischen Minister (Camphausen) zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise als ein sehr probates Mittel empfohlenen niedrigen Arbeitslöhne, welche in der That noch heute durchwegs das besondere Kennzeichen der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands bilden, haben bis jetzt zur Erweiterung der Kluft zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen geführt. In Preußen versteuern heute nur 8 1/2 Prozent der Einwohner ein Jahreseinkommen von mehr als 900 M., 91 1/2 Prozent dagegen unter 900 M., d. h. mehr als 9/10 des preussischen Volkes befinden sich in ärmlichen und kümmerlichen Verhältnissen, während kaum 1/10 Jahreseinkommen bis zu Hunderttausenden und Millionen beziehen. Daß bei dem geringen Einkommen die Masse des Volkes auch heillos, ist klar. So sind denn in Preußen auch kaum 4 Prozent der Einwohner zur Vermögenssteuer herangezogen, aber dieses kleine Häuflein versteuert ein Vermögen von 64 Milliarden Mark. Und wie in Preußen, so ist es im Wesentlichen im ganzen Reich.

Zur Entschuldigung der niedrigen Löhne führen die Unternehmer und ihre Presse nicht selten die billige Lebenshaltung an. Schlechte Lebenshaltung wäre zutreffender, denn eine ordentliche, anständige Lebensweise kostet auch in allen Theilen

Deutschlands mehr als 900 M per Jahr für eine Familie, ja selbst für einen Lebigen. Die Lebensmittel- und Wohnungspreise sind in den letzten Jahren überall gestiegen und für Wohnung und Ernährung gehen 90 Prozent und darüber von dem kleinen Einkommen auf. Die niedrigen Löhne des Arbeiters als Produzenten kommen nicht dem Arbeiter als Konsumenten zu Gute, sondern dem Unternehmer in Gestalt höherer Gewinne, dem Spekulant z. B. in Grund und Boden und Häusern als Spekulationsgewinne und dem Zwischenhändler, dem Kaufmann als seine Waarengewinne. Alle diese Gewinne muß der Arbeiter als Produzent wie Konsument bezahlen. Die geringen Arbeitslöhne lassen die Kauf- und Konsumkraft der Masse des arbeitenden Volkes nicht zur Entwicklung und Geltung kommen und darum das Wettjagen auf dem Weltmarkt nach ausländischen Absatzgebieten.

Die geringen Mittel, welche der deutsche Arbeiter in seinen erbärmlichen und armseligen Arbeitslöhnen erhält, hindern ihn nach allen Seiten an der Anteilnahme an den Fortschritten und an der Kultur unserer Zeit. Er wohnt zumeist schlecht, er ernährt sich mangelhaft, er kann fast nichts aufwenden für Geist und Körperpflege, für Erziehung und Ausbildung der Kinder und er erliegt so schließlich dem permanenten Drucke der Noth, des Mangels und Entbehrung. Die sozialdemokratische Bewegung mit ihrem regen geistigen und sozialen Streben und Drängen nach vor- und aufwärts inmitten dieser Misere, welche dem Geist die Flügel knickt und den stärksten Willen beugen kann, ist denn auch etwas Wunderbares, das uns selbst immer wieder imponiren muß.

Die Ungulänglichkeit und den Jammer der niedrigen Arbeitslöhne trotz der gelagerten und geheuchelten „billigen Lebenshaltung“ erfährt am empfindlichsten der geistig geweckte und gebildete Arbeiter. Wenn er nach einem wissenschaftlichen Buche Verlangen trägt und der Buchhändler dafür 10 oder 20 oder noch mehr Mark verlangt, wie soll er sich das von seinem traurigen Lohne erübrigen können? So ist es mit der Freude an der Kunst, an andern edlen Genüssen und Vergnügungen usw.; alles dies kostet Geld, welches der Arbeiter nicht hat und wovon er deshalb ausgeschlossen ist.

Die niedrigen Arbeitslöhne sind kulturfeindlich. Wo sie obwalten, besteht in der Masse des armen, eben schlecht entlohnten arbeitenden Volkes Noth und Unwissenheit, Körperliche und moralische Verkommenheit, harter Schnapsgeiz; bestehen schlechte Wohnungen- und Ernährungsverhältnisse, eine körperlich schwache und nicht leistungsfähige Arbeiterschaft; da regiert Schmutz, Noth und Elend und verhält der Genius der Menschheit beim Anblicke dieser Zustände trauernd sein Antlitz. Wer daher die niedrigen Arbeitslöhne verteidigt und sie verewigen will, der ist ein Feind seines Volkes, der ist ein Barbar und Feind der fortschreitenden Kulturentwicklung. Es istzeichnend für die Lebensverhältnisse Deutschlands, daß ein Mann in Hamburg Hafenarbeiterstreit ein riesiges Aufsehen gemacht wurde von den Tagelöhnen von 4,20 M. Das gibt bei ganzzähriger, gleichmäßiger Beschäftigung für 300 Arbeitstage 1260 M., von denen 365 Tage lang gelebt werden muß und wovon auf je einen derselben durchschnittlich 3,40 M. entfallen. 3,40 M. für eine Familie per Tag! Und da neben Minister und Millionäre z. im deutschen Reichstage mit einer Wichtigkeit, als wären es zehnmal 3,40 M. gewesen. Die Vorliebe und hartnäckige Festhaltung an den schlechten Arbeitslöhnen auf der ganzen Welt charakterisiert unser Nationalität, engherziges und spießbürgerliches Unternehmertum als eine Krümmung der Natur, die alles Bessere dazu hätte, das deutsche Volk durch schlechte Löhne vollends zu verelenden. Diesen Keinen Arbeiterleben gegenüber war und ist die deutsche Arbeiterbewegung eine Kulturnotwendigkeit, ein Damm gegen die weitere Verkümmern des deutschen Volkes. Die Parole der deutschen Arbeiter und insbesondere der Metallarbeiter muß daher sein: Fort mit den niedrigen Arbeitslöhnen!

Kleingewerbe und Großbetriebe.

II.

a. Auch die folgende Substanzgruppe, das Berggewerbe, trägt in ihren einzelnen Berufen noch einen stark kleingewerblichen Charakter; indes tritt hier die Entwicklung zum Großbetrieb schon entschieden auf und gibt durch ihr Ueberwiegen in den bedeutendsten Berufen in der Bannunternehmung und im Manufakturgewerbe den Ausschlag. In der ganzen Gruppe kommen auf 201 787 Selbstständige 1 151 851 Arbeiter, gleich 14,9 und 85,1 Proz. Die höchste Entwicklung zeigt das Bannunternehmung mit nur 5,7 Selbstständigen; ihm folgen die Berufe der Manufaktur (12 Proz.) Stoffindustrie

(16,2), Gas- und Wasserinstallateure (16,3), Steinseker (17,2) und Zimmerer (17 Proz.). Am weitesten stehen zurück die Glaserei (47,9), Schornsteinfeger (41,0), Dachbeder (37,5) und Ofenseker (32,2 Proz. Selbstständigen).

Die polygraphischen Gewerbe dagegen sind fast sämtlich hochentwickelte Großindustrien, nur vereinzelt mit Kleinbetrieben durchsetzt. Hier kommen auf 12 755 Selbstständige (10,5 Proz.) 106 536 Arbeiter (89,5). Obenan steht die Buchdruckerei mit 7,5 Proz. und die Stein- und Zinkdruckerei mit 7,9 Proz. Selbstständigen; die Schriftgießerei zählt 9,4 Prozent, die Kupfer- und Stahlbruderer 10,2 und der Farbendruck 10,4, während die Photographie mit 37,2 Proz. Selbstständigen vorwiegend kleingewerbliche Züge trägt.

Daß das Kunstgewerbe ebenfalls noch zumeist Kleinbetriebe aufweist, kann bei dem ausgeprägt individuellen Charakter der künstlerischen Berufe wenig befremden. So sind die Maler und Bildhauer, worunter aber nicht die Stubenmaler und Spielzeugschnitzer begriffen sind, noch zu 69,9 Proz. Selbstständige und die übrigen Künstler zählen 23,7 Proz. Selbstständige. Nur die Graveure und Musterzeichner haben sich der kapitalistischen Entwicklung gebeugt, denn in beiden Berufen ist die Zahl der Selbstständigen selbst bereits auf 15,8 Proz. zusammengeschrumpfen. Die ganze Gruppe Kunst- und Kunstgewerbe zählt 9583 Selbstständige und 18 765 Arbeiter = 32,7 und 67,3 Prozent der Erwerbshätigen.

Wir kommen nun zu den Einzelgruppen im Handel und Verkehr, deren erste, das Handelsgewerbe, in 9 Berufe zerfällt. Auch das Handelsgewerbe trägt noch überwiegend kleingewerbliche Züge. Die Beschäftigung bezahlter Arbeitskräfte erübrigt sich für den überwiegenden Theil der Handeltreibenden, indem der Handel einestheils geringe Ansprüche an die Arbeitskraft stellt, zum andern aber auch noch vielfach mit Familienmitgliebrn zur Ausfülle betrieben wird. So kommen hier auf 578 496 Selbstständige nur 626 637 Gehilfen = 48 und 52 Proz. Aber der Großbetrieb ist auch hier vertreten, am Schärfften im Handelshilfsgewerbe (Stauer, Pader z.), das nur 6,2 Proz. Selbstständige zählt, im Geld- und Kredithandel mit 17,7, Zeitungsverlag 18,4 und Expedition- und Kommissionsgeschäft 20 Proz. Dagegen stehen an der äußersten Spitze der individuellen Zwerghirtschaft die Hansirer mit 92,8 und die Mackler mit 88,3 Proz. Selbstständigen, denen die Versteigerer und Stellenvermittler mit 69,1 Proz. folgen. Im Durchschnitt der Mitte hält sich der Waarenhandel mit 47,7 Proz., während der Buch- und Kunsthandel schon auf 35,6 Proz. Selbstständige zurückfällt.

Im Versicherungsgewerbe finden wir neben 7968 Selbstständigen (28,2 Proz.) 18 216 Angestellte und Gehilfen (71,8 Proz.).

Anderer ist dagegen das Verkehrswesen entwickelt, das sich in seinem Fortschrittsstadium den typischsten Großindustrien würdig zur Seite stellt. Hier kommen auf 82 180 Selbstständige (13,3 Prozent) 533 150 Arbeiter (86,7 Proz.). Indes würde das Verhältnis ein trauriger sein, wenn die amtliche Statistik hier nicht die höheren Beamten zu den Selbstständigen (Betriebsleitern) gerechnet hätte. Dann ständen jedenfalls die Eisenbahnen, Post und Telegraphie, sowie der Hasenpost z. obenan, während sie nach der Statistik hinter dem Straßenbahnwesen mit nur 107 Selbstständigen (0,7 Proz.) und 15 339 Arbeitern (99,3 Proz.) zurückstehen. Im Eisenbahnwesen wurden 5540 Selbstständige (2,1 Proz.) und 257 179 Angestellte und Arbeiter gezählt, im Postwesen 6676 Selbstständige (6,2 Proz.) und 122 251 Angestellte und Arbeiter; dazu folgen die See- und Küstenschiffahrt mit 11,3 und der Hasen- und Kanaldienst mit 18,1 Proz. Selbstständigen. Am meisten stehen zurück die Reichenbestatter mit 68,7 und die Dienstmannschaft mit 53 Proz. Selbstständigen, denen die Posthalterei (36,9) und der Frachtfuhrwerksbetrieb (33,6) folgen.

Als letztes Gewerbe bleibt ein typisches Kleingewerbe übrig, das der Beherbergung und Equitierung, das neben 175 711 Selbstständigen (35,6 Proz.) nur 316 951 Gehilfen (64,4 Proz.) zählt.

Betrachten wir die 190 Branchen der drei großen Berufsabtheilungen nicht nach ihrer Gruppenzugehörigkeit, sondern nach den Prozentziffern der Selbstständigen und Arbeiter, so lassen sich ungefähr 5 Gruppen unterscheiden, bei denen die statistischen Zahlen mit den Erfahrungen des Wirtschaftslebens übereinstimmen. Die äußersten Gegenpole nach oben und unten bilden die reinen Großindustrien, in denen die Kleinbetriebe überwiegen, einerseits und die Unterschlagsberufe für alle im Konkurrenzkampf ausgekauften Existenzen andererseits, denen die Individualberufe zunächst kommen. Dann folgen von oben nach hinunter die Substanz- und Manufaktur, in denen neben bedeutenden Großbetrieben noch eine

breite Mittel- und Kleinindustrie, allerdings im Rückgang befindlich, vorhanden ist, während von unten das eigentliche Kleingewerbe, nämlich Handwerks- und Gebirgsindustrie nachfolgen. Das Mittel bilden jene gemischten Berufe, welche zahlreiche Betriebe aller Typen, vom Zwerghetrieb des Kleinmeisters und Kleinhändlers ohne Gehilfen bis zum Großindustriellen, letztere aber noch sehr vereinzelt, aufweisen und in denen der wirtschaftliche Wettbewerb am härtesten tobt. Würden wir diese Berufe nach ihrer Produktion betrachten, so würden wir finden, daß hier der Wettbewerb schon in der Regel zu Gunsten der Großen entschieden ist und daß die kleinen Existenzen nur noch einen verhältnismäßig geringen Theil der Produktion auf sich vereinigen. Aber wenn sie auch nur länglich ihr Dasein fristen, so existiren sie doch noch als Selbstständige und werfen als solche ihr Gewicht auf die Waagschale der Statistik.

Nehmen wir die Berufe in dieser Reihenfolge vor, so stehen die Berg- und Hüttenindustrie obenan:

	Selbstständige	Arbeiter
	%	%
Kohlen- und Koks	0,20	99,80
Hüttenindustrie	0,48	99,52
Erzgewinnung	0,75	99,25
ihnen folgen die		
Straßenbahnen	0,70	99,30
Spinnspinnwaren	1,0	99,0
Salzgewinnung	1,1	98,9
Glassplatt	1,5	98,5
Eisengießereien	1,5	98,5
Mehlgewinnung	1,7	98,3
Schwarz- u. Weißblech	1,8	98,2
Explosivstoffe	1,9	98,1
Eisenbahnen	2,1	97,9
Fahence u. Porzellan	2,2	97,8
Gummi u. Guttapercha	2,3	97,7
Spinnerei	2,3	97,7
Schußwaffen	2,9	97,1
Papier und Pappe	2,9	97,1
Gasanstalten	2,9	97,1
Zuber. v. Spinnstoffen	3,1	96,9
Meierei	3,1	96,9
Stahlfabrik	3,6	96,4
Eisenbahnwerke	3,8	96,2
Forstwirtschaft	4,0	96,0
Farbenfabrikation	4,0	96,0

In den genannten Berufen kommen auf je 1 Selbstständigen im Durchschnitt 20—500 Arbeiter und Angestellte; sie vertreten die Großbetriebsform par excellence; nur würden die Eisenbahnen jedenfalls an erster Stelle rangiren, wenn man bloß die Unternehmer als Selbstständige gezählt hätte. An tieferer Stelle dagegen finden wir:

	Selbstständige	Arbeiter
	%	%
Hausirhandel	92,8	7,2
Mackler	88,3	11,7
Kleiderreiner	78,1	21,9
Versteigerung	69,1	30,9
Maler, Bildhauer	69,0	31,0
Seeffischer	67,3	32,7
Ziergärtner	64,4	35,6
Binnenfischer	58,9	41,1
Reichenbestattung	58,7	41,3
Bäcker u. Platt	56,0	44,0
Nagelschmiede	55,9	44,1
Abbeder	55,8	44,2
Mäherinnen	55,4	44,6
Schuhmacherei	53,4	46,6
Dienstmänner	53,3	46,7

Das sind die Berufe, in denen noch nicht einmal 1 Arbeiter oder Gehilfe auf jeden Selbstständigen kommt. Die 4 erstgenannten, sowie die Reichenbestattung, Abbeder und der Dienstmännerberuf sind als Unterschlagsberufe zu betrachten, die überhaupt fast niemals erlernt, sondern nur von geschickerten Existenzen übernommen werden. Andere, wie die künstlerische Malerei und Bildhauerei, die Ziergärtner (Blumen-, Selbstanpflanzung, Dressur) sind individuelle Berufe und dazwischen ragen hinein die untersten Schichten des Kleingewerbes, vertreten durch die See- und Binnenfischer, Bäckerinnen und Plattinnen, Nagelschmiede- und Schuhmacherei. Daß die letztere sehr beachtenswerthe Ansätze zur Großindustrie zeigt, dürfte zur Genüge bekannt sein, und die trotzdem hohe Zahl der Selbstständigen klingt etwas verwunderlich und läßt vermuthen, daß zahlreiche Hausarbeiter als Selbstständige gezählt wurden, zumal die angeführte Zahl von bloß 19 582 hausindustriellen Schuhmachern etwas niedrig erscheint. Neben diesen Gegenständen reihen sich an von oben die von Mittel- und Kleinbetrieben durchsetzten Großindustrien, wo auf jeden Selbstständigen 8—20 Arbeiter kommen. Es sind dies:

	Selbstständige %	Arbeiter %
Blechlafabrikation . . .	4,2	95,8
Lehm- und Thongrab. . .	4,4	95,6
Tuchmacherei . . .	4,5	95,5
Schiffsbau . . .	4,6	95,4
Fabrikarb.	4,7	95,3
Düngstoffe	4,7	95,3
Metalllegierungen . . .	4,7	95,3
Bosamentenfabr.	5,1	94,9
Kalk- und Zementw. . . .	5,2	94,8
Pampnenfabrikation . . .	5,2	94,8
Post u. Telegraphie . . .	5,2	94,8
Spiegelglas	5,7	94,3
Stifte, Schrauben, Ketten	5,7	94,3
Steinbrüche	5,8	94,2
Maschinen	5,9	94,1
Unedelmet.-Verarb.	6,1	93,9
Handelsgehilfsgewerbe . . .	6,2	93,8
Korsettfabrikation	6,5	93,5
Chemische Präparate	6,6	93,4
Weberei	6,6	93,4
Elektrotechnik	7,0	93,0
Buchdruck	7,5	92,5
Blechwaren	7,6	92,4
Tabakfabrikation	7,7	92,3
Stein- und Zinkdruck	7,9	92,1
Schlosserei	8,1	91,9
Schriftgießerei	9,4	90,6
Edelmetalle	9,8	90,2
Zorfgräberet	10,0	90,0
Zementwaren	10,2	89,8
Kupfer- u. Stahlbruck	10,4	89,6
Nadeln, Drahtw.	10,5	89,5
Konfektion	10,7	89,3
Färberet	10,7	89,3
Metallspielwaren	11,0	89,0
Handschuhfabrikation	11,2	88,8
Roht- u. Gelbgieß.	11,4	88,6
Brauerei	11,6	88,4

Die vorgenannten Berufe repräsentieren die Groß- und Mittelindustrie. Dagegen schließen sich andererseits den niedrigsten Berufen die typischen Kleingewerbe an, in denen auf je einen Selbstständigen 1-3 Hilfskräfte kommen; darunter sind Gewerbe, die bereits ganz bekannte großindustrielle Anfänge aufweisen, welche aber wiederum parallelisiert werden durch zahlreiche Einzelergänzungen ohne Hilfskräfte. Wir heben daraus hervor:

	Selbstständige %	Arbeiter %
Schnelberet	49,0	51,0
Glaserei	47,9	52,1
Mägenmacherei	47,8	52,2
Waarenhandel	47,7	52,3
Korbmacherei	45,7	54,3
Stellmacherei	45,6	54,4
Uhrmacherei	45,2	54,8
Buzmacherei	43,3	56,7
Böttcheret	41,7	58,3
Schornsteinfeger	41,0	59,0
Selleret	39,4	60,6
Fleischeret	39,2	60,8
Sattleret	38,5	61,5
Kürschneret	38,1	61,9
Schleiferet	37,7	62,3
Dachbeder	37,5	62,5
Photographie	37,2	62,8
Beherbergung	35,6	64,4
Buchhandel	35,6	64,4
Bäckeret	35,5	64,5
Stroh- und Rohrflucht.	34,2	65,8
Drechsleret	32,9	67,1
Kammacher	32,8	67,2
Ofeneger	32,2	67,8
Hufschmiede	31,9	68,1
Lapegieter	30,3	69,7
Rempneret	30,2	69,8
Eisleret	29,8	70,2
Erz- u. Guldengieß.	29,8	70,2
Stukenmaler	29,4	70,6
Winnenschiffer	28,0	72,0
Kupfer Schmiede	25,7	74,3
Stod- u. Schirmfabr.	25,6	74,4
Bürstenmacher	25,2	74,8

Hier finden wir neben dem eigentlichen Handwerk auch die typische Kleinindustrie. Der Arbeiterzahl nach, die auf jeden Selbstständigen kommen, müßten die vorgenannten Berufe eigentlich die günstigsten Verhältnisse aufweisen. Das ist aber nicht der Fall, denn gerade in diesen Berufen wird am allermeisten über die Notlage des Handwerks geklagt. In Wirklichkeit liegen auch die Verhältnisse nicht so einfach, daß auf jeden Selbstständigen tatsächlich 1-3 Arbeiter kommen, sondern

es sind Großbetriebe bis zu 100 Arbeiter und Mittelbetriebe bis zu 10 Arbeiter darunter, was eine große Anzahl von Einzelergänzungen ohne Hilfskräfte als Neben zur Folge hat, und die Großbetriebe machen gerade hier dem Handwerk das Dasein schwer und gewinnen immer größeres Terrain. Deshalb müssen die kleinen Meister verkümmern und rettungslos zu Grunde gehen oder als Hausindustrielle und Hausarbeiter des Kapitals ihr Leben fristen, wie sich dies in der Schneiderei, Sattlerei, Korbmacherei, Flechtere, Drechsleret und Kammacherei usw. zeigt.

Schließlich kommt die Klein- und Mittelindustrie und die lebenskräftigeren Gewerbe, durchsetzt mit zahlreichen Großbetrieben, die hier indes hinter der Masse von kleineren Betrieben noch zurücktreten. Wir finden darunter bekannte Handwerke, wie die Buchbinderei, Seifensiederei, Zimmerer, Goldschmiede, sowie auch Berufe mit hochentwickelten Großbetrieben, wie Buchbinderei, Pianoforte- und Musikinstrumentenfabrikation, Brenneret, Sägewerke, Mälzeret zc., endlich auch richtige Kleinindustrien, wie die Messer- und Scheeren-schmiede, Fabrikation physikalischer Apparate, Feilenhaueret zc. Diese Berufe zählen 3-8 Arbeiter auf jeden Selbstständigen. Auch in ihnen gibt es zahlreiche Einzelergänzungen, die sich mühsam dem Ruin entgegen-schleppen, da die Mittel- und Großbetriebe sie aus dem Wettbewerb drängen und ihnen nur die wenig lohnendsten Arbeiten übrig lassen. Aber auch die Kleinindustriellen Betriebe haben keinen leichten Stand gegenüber ihren übermächtigen Konkurrenten, und Mancher fristet hier seine Selbstständigkeit nur durch die allerrück-sichtloseste Ausbeutung seiner Arbeitskräfte, wovon auch die Arbeiter der beteiligten Metallbranchen ein Stedlein zu singen wissen.

So weit das uns vorliegende Material. Die Ergebnisse der Betriebszählung werden die hier erstellte Uebersicht jedenfalls werthvoll vervollständigen; aber schon aus dem Vergleich der Selbstständigkeitsziffern mit denen der abhängigen Hilfskräfte hoffen wir ein interessantes Bild der gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse entrollt zu haben. Mancher wird die einzelnen Berufsverhältnisse weit richtiger beurtheilen können, wenn er ersieht, mit wie viel kleinen und mittleren Unternehmern wir hier und da noch zu rechnen haben. Sobald über die Betriebszahlen und Größenverhältnisse uns Näheres vorliegt, werden wir auf diese Untersuchungen zurückkommen.

Zur Wohnungsfrage.

—r. In den Nummern 4 und 7 brachte der u. Mitarbeiter ds. Bl. zwei werthvolle mit amtlichen Zitate aus den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichts-beamten versehene Beiträge zum Wohnungselend in der kapitalistischen Gesellschaft. Jeder denkende Arbeiter wird die von u. gemachte Schlussfolgerung, wonach die Lösung der Wohnungsfrage der Arbeiterklasse vorbehalten bleibt und diese ihre Aufgabe lösen wird, wenn die Sozialstruktur der Gesellschaft erfüllt ist, anerkennen müssen.

Seit einem Vierteljahrhundert suchen philanthropisch-bürgerliche Vereine die Wohnungsfrage zu lösen, aber es ist bei Versuchen geblieben. „Die Wohnungsfrage“, sagt Fr. Engels, *) ist so alt wie die moderne Produktionsweise. Das Kapital will die Wohnungsnoth nicht abschaffen, selbst wenn es könnte.“

Wenn dennoch Kapitalisten unter der wohlfeilen Firma „Arbeiterwohlfahrt“ Arbeiterwohnhäuser für „ihre“ Arbeiter errichteten, so geschah das in 99 von 100 Fällen deshalb, gefügige und abhängige Arbeitskräfte zu erhalten, welcher Zweck auch durchgehends erreicht wurde. Selbst Schulze-Delitzsch, der frühere Anwalt der Erwerbs- und Wirtschaftsvereine führte im Juni 1872 in einer Versammlung zu Berlin aus: „Von dem Vorgehen einzelner großer Industrieller, welche Wohnhäuser für ihre Arbeiter erbauen, ist nicht allzubiel zu erwarten, auf diesem Wege wird die Wohnungsnoth nimmermehr gelöst werden.“ Dr. Max Hirsch forderte 1871 in einer Versammlung der Ortsvereine der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine zu Berlin von den Arbeitgebern, insbesondere den großen Fabrikbesitzern und Aktiengesellschaften eventuell die Einrichtung von gesunden Arbeiterwohnungen, welche auf lange Kontrakte und mit Amortisation des Kaufpreises durch die Miete zu begeben sind. Ferner Einführung einer kürzeren Arbeitszeit mit längerer Mittagspause, welche das entfernte Wohnen der Arbeiter ermöglicht.

Erstere Forderung ist bei dem harmoniebaselnden Charakter der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine erklärlich und was dieselben zur Verkürzung der Arbeitszeit

*) „Zur Wohnungsfrage“, von Friedrich Engels. Separatabdruck aus dem „Volksstaat“ von 1872. Zweite durchgesehene Auflage, Hottingen-Büsch. Verlag der Volksbuchhandlung. Heft XII der Sozialdem. Bibliothek.

und Verlängerung der Mittagspause gethan haben ist gleich Null.

Am 24. September 1871 hielt die Berliner Sozialdemokratie eine von 5 bis 6000 Menschen besuchte Volksversammlung, welche folgende Resolution annahm: „Die Versammlung erklärt die Wohnungsnoth und Steigerung der Mieten in großen Städten als Folge der heutigen sozialen Zustände, welche es den Grundbesitzern ermöglichen, durch die Bodenrente das arbeitende Volk auszubeuten und nicht der Bedürfnisse des Volks, sondern schwindelhafter Spekulation halber den Wohnungsbau zu betreiben. Die Versammlung erklärt daher, daß nur durch den sozialdemokratischen Staat, wo aller Grund und Boden Gemeingut ist und, den Bedürfnissen des Volkes gemäß, Arbeiter-Produktivgenossenschaften die Wohnungen herstellen, aber nicht durch Palliativmittel der heutigen Wohnungsnoth und den großartigen Krankheiten, welche sie im Gefolge hat, ein Ende gemacht werden kann. . . . Die Versammlung tadelt aufs Schärfste die Fahrlässigkeit der städtischen Behörden und der Gesundheitspolizei, welche bisher noch nichts gethan haben, um pflichtgemäß den ansteckenden Krankheiten vorzubeugen, daß die Hausbesitzer angehalten werden, ihre oft beschönten gleichenden Räume in einen der Gesundheit zuträglichem Stand zu versetzen.“

Diese Worte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: nicht Palliativmittel vermögen die Wohnungsnoth zu beseitigen, sondern der sozialistische Staat. Manche Bessersituirte haben versucht in Bau-genossenschaften oder Volksbauvereinen die Wohnungsnoth zu lindern, sie zahlten wöchentlich bis zu 2 und 3 M. Beitrag, aber es ist meistens bei jämmerlichen Versuchen geblieben und viele haben sich bei der philanthropischen Spielerei derart die Finger verbrannt, daß sie die Bauvereine fürchten wie ein gebranntes Kind das Feuer.

Die von den Industriellen errichteten Arbeiterwohnhäuser, welche künstlich oder mitleidweise den Arbeitern überlassen werden, haben bis heute im Allgemeinen noch nicht das Mindeste an der notorischen Wohnungsnoth geändert. Das Eine aber haben die Industriellen erreicht: Die Arbeiter in doppelter Beziehung an die Scholle zu fesseln und auszubeuten. Mit dem Tage, an welchem der Arbeiter in eine sog. Fabrikwohnung geht, geht der letzte Rest seiner Selbstständigkeit verloren. Der Arbeiter muß, will er nicht arbeits- und wohnungslos werden, zu den von dem Unternehmer bestimmten Böhnen arbeiten, er muß, so oft es dem Unternehmer beliebt, über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus arbeiten. In seinen freien Stunden wird er von einer Schaar gedungener und freiwilliger Spigel überwacht, mit einem Wort: Der moderne Slave ist vollständig. Was bedeutet gegenüber einer derartigen Rechtlosigkeit eine Ersparnis an Wohnungsmiete von höchstens 40 bis 60 M. jährlich, um welchen Betrag die Fabrikwohnung billiger sein soll als andere Wohnungen? Selbst Dr. Sar gesteht zu, daß es im Interesse der Fabrikanten liegt, ihren Arbeitern zu erträglichen Wohnungen zu verhelfen.

Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert & Co. in Nürnberg ist in neuerer Zeit auch der Frage der Errichtung von Arbeiterwohnungen näher getreten; jedoch keineswegs in der Weise, daß die Gesellschaft aus ihren Mitteln den Bau der Häuser unternimmt, sondern die Direktion wußte Propaganda für einen Arbeiterbauverein zu machen und am 28. Oktober 1896 wurde ein solcher Verein unter dem Namen: „Bauverein Schudert'scher Arbeiter“ (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht) in das Genossenschaftsregister des kgl. Landgerichts Nürnberg eingetragen.

Wie wir uns weiter auf die naheliegenden Motive einlassen, welche die Direktion zur Gründung des Vereins bestimmten, wollen wir die Hauptpunkte der Statuten des Bauvereins im Auszuge wiedergeben.

§ 1. Die Haftpflicht der Genossen sowohl der Genossenschaft wie unmittelbar denen Gläubigern gegenüber, ist im Voraus auf die Summe von 100 M. für jeden erworbenen Geschäftsanteil beschränkt.

§ 2. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken, sowie der Bau, Erwerb und die Verwaltung von Wohnhäusern und deren Vermietung an Genossen.

§ 3. Aufnahmefähig sind alle großjährigen Personen, die in Diensten der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert & Comp. stehen und in Nürnberg oder den anliegenden Vororten einen Hausstand haben oder dort bei ihren Eltern wohnen, die auf deren Unterstüzung angewiesen sind.

§ 4. Zum Erwerbe der Mitgliedschaft hat der Beitretende eine doppelte, unbedingte Erklärung des Beitritts zu unterzeichnen. Ueber die Aufnahme beschließt der Vorstand; lehnt er sie ab, so entscheidet auf Berufung des Abgewiesenen die Generalversammlung. Im Falle die Direktion der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert & Comp. gegen die Aufnahme eines

Mitgliedes Einspruch erhebt, ist diesem Einspruch Folge zu leisten.

§ 5. Jedes Mitglied hat sofort nach seiner Eintragung in die Liste der Genossen eine Mark Eintrittsgeld zu bezahlen.

§ 6 bestimmt bei Austritt aus der Genossenschaft vorherige Kündigung auf 6 Monate.

§ 7. Wer aus den Diensten der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert & Comp. austritt, verliert die Mitgliedschaft mit dem Schlusse des Geschäftsjahres, wenn ihm die Genossenschaft 6 Monate früher schriftlich erklärt, daß er zum Schlusse des Geschäftsjahres auszuscheiden habe.

§ 8. Stirbt ein Genosse, so gilt er mit dem Schlusse des Geschäftsjahres, in welchem er starb, als ausgeschieden.

§ 9. Abgesehen von den in dem Gesetz angegebenen Gründen kann aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden: a) wer sich einer betrügerischen Handlung gegen den Verein oder einer sonstigen Handlungswaise schuldig macht, welche dessen Interessen gröblich widerspricht, b) wer mit den in die Genossenschaftskasse zu leistenden Zahlungen länger als sechs Monate im Rückstande ist, doch kann ihm je nach Umständen eine längere Stundung gewährt werden.

§ 11. Die Auseinandersetzung des Ausgeschiedenen mit der Genossenschaft erfolgt auf Grund der Bilanz. Das Geschäftsguthaben des Ausgeschiedenen ist binnen drei Monaten auszuzahlen. Am Reserverfonds und sonstigem Vermögen der Genossenschaft hat er keinen Antheil.

§ 12. Der Aufsichtsrath wählt und entläßt die Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter.

§ 16. Der Aufsichtsrath besteht aus 12 Personen, welche von der Generalversammlung durch Stimmenmehrheit aus der Zahl der Genossen gewählt werden.

4 Mitglieder des Aufsichtsrathes sind von der Generalversammlung unter 8 von der Direktion der E.-A. vorm. Schudert & Comp. vorgeschlagenen Personen zu wählen.

§ 23. Aufsichtsrath und Vorstand haben in gemeinschaftlicher Sitzung über allgemeine bei der Geschäftsführung zu befolgende Grundsätze zu beschließen, namentlich: 1) über Einkauf und Verkauf von Grundstücken; 2) über die Vermietung der Wohnungen in den der Genossenschaft gehörigen Häusern. Hierfür gilt als Regel, daß die Mietpreise nicht höher angesetzt werden sollen, als die Verzinsung der für Bau und Grundbesitz aufzuwendenden Beträge zuzüglich der Unterhaltungskosten und Lasten ausmacht. Mietfreie Wohnungen sind nach der Reihenfolge der Aufnahme der Genossenschaft zu belegen. Unter Gleichberechtigten entscheidet das Los; 3) über die Belegung verfügbarer Gelder der Genossenschaft.

Die Direktion der E.-A. vorm. Schudert & Comp. ist bei Ankauf von Grundstücken und bei Belegung verfügbarer Gelder um ihre Genehmigung zu ersuchen.

§ 30. Der Geschäftsantheil eines jeden Genossen wird auf 100 M festgesetzt. Ein Genosse darf nicht mehr als drei Geschäftsanteile erwerben. Bis zur Vollzahlung von 100 M hat jeder Genosse von seinem Eintritt an gerechnet wöchentlich 30 M zu entrichten, doch steht ihm jederzeit frei, größere Anzahlungen bis zum Betrage der Geschäftsanteile zu machen.

§ 32. Zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes dient der Reserverfond (gesetzlicher Reserverfond). In denselben fließen: 1) Die Eintrittsgelder, 2) so lange derselbe den Betrag von 10 000 M nicht überschreitet, je nach Bestimmung der Generalversammlung mindestens zehn und höchstens fünfzig Prozent des jährlichen Reingewinns.

§ 33. Nach Abzug des in dem gesetzlichen Reserverfond einzufliessenden und des dem Hilfsreserverfond etwa überwiesenen Betrages wird der Rest des Reingewinnes unter die Genossen, nach Verhältnis ihres zum Schlusse des vorhergehenden Geschäftsjahres ermittelten Geschäftsguthabens, verteilt. Die Aufreicherung des Gewinns zu dem Geschäftsguthaben eines Genossen erfolgt so lange, als nicht der Geschäftsantheil von 100 M erreicht ist.

§ 34 bestimmt, daß Bekanntmachungen der Genossenschaft in „General-Anzeiger“ zu erfolgen haben.

Im Statut ist nicht ein Wort enthalten, welches eine Pflicht der Direktion andeuten würde, dagegen sind derselben eine Reihe von Rechten schwarz auf weiß gesichert. Unseres Wissens steht dieser Fall einzig da. Wenn sich die Mitglieder der Direktion auch als Schudert'sche Arbeiter betrachten und dem Banverein als Mitglieder beitreten, so haben sie als Einzelmitglieder ein Recht, gegen die Aufnahme eines Mitgliedes zu protestiren. Die Geschäftsdirektion als solche ist eine Korporation für sich, die nach dem Statut keine Pflichten hat wie die Mitglieder und folglich auch die Direktion als Nichtmitglied des Banvereins angesehen werden. Dieses Nichtmitglied redet nun aber in die Rechte der Mitglieder hinein und im Statut wird diktatorisch bestimmt: „Erhebt die Direktion gegen die Aufnahme eines Mitgliedes Einspruch, so ist diesem Einspruch Folge zu leisten“, und: „Unter acht von der Direktion in den Aufsichtsrath vorgeschlagenen Mitgliedern sind vier zu wählen.“

Es soll nicht unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, wie derartige Bestimmungen des Statuts mit dem Gesetze vom 1. Mai 1889, betr. die Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, in Einklang zu bringen sind; wir wollen vielmehr nur konstatiren, daß die Direktion hier als Kontrollbehörde gegenüber den Arbeitern auftritt und jedenfalls nicht in der Absicht, den Arbeitern materielle Vorteile zu bieten. Es liegt in der Natur und im Interesse des Kapitalismus, sich gefügige Arbeiter heranzuziehen und dazu muß die Wohnungsfrage ihr gut Theil beitragen.

Das Projekt, welches die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert u. Co. durch den Banverein durchzuführen will, ist keineswegs nebensächlicher Natur.

Es sollen bei Sibighenhof und den angrenzenden Gemeinden 392 Wohnhäuser mit je 6 Wohnungen = 2352 Wohnungen errichtet werden. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft beabsichtigt, wie bestimmt verlautet, bei der Kolonie aus eigenen Mitteln eine Kirche (I) zu erbauen. Nach Fertigstellung der Kolonie sollen die Arbeiter mittelst elektrischer Bahn von und zur Arbeitsstelle gefahren werden. Zwei Probehäuser sind bereits bei Sibighenhof erbaut. Es sind dies Doppelwohnhäuser mit hochgelegener Parterre und zwei Stockwerken. Ein Haus enthält sechs Wohnungen mit je 69,95 Quadratmeter Wohn- nebst Keller- und Bodenraum und ca. 85 Quadratmeter großem Garten. Der jährliche Miethzins für Wohnung, Garten usw. wird voraussichtlich 210 M betragen. Das andere Haus enthält ebenfalls sechs Wohnungen mit je 60,72 Quadratmeter Wohn- sowie Keller- und Bodenraum und einem Garten von ca. 80 Quadratmeter. Der Miethzins soll 180 M betragen. Wird das Projekt durchgeführt, so werden gewiß viele Familien um einen annehmbaren Preis eine gesunde Wohnung erhalten. Daß aber damit zugleich dem Arbeiter seine Selbstständigkeit genommen oder doch sehr beschränkt und er für das Kapital willfährig gemacht wird, ist ein bedeutend größerer Nachtheil, als daß ihn die billigere Fabrikwohnung aufzuwiegen vermöchte. Dann kommt noch in Betracht, daß die Arbeiter bei Niederlassung in der Landgemeinde des in Nürnberg eventuell erworbenen Bürgerrechts verlustig gehen und von der gebührenfreien Erwerbung des Heimathrechts niemals Gebrauch machen können, weder in der Stadtgemeinde Nürnberg noch in der Landgemeinde. Wenn nur ein ganz klein wenig von einer Wohlfahrts-Einrichtung wirklich die Rede sein soll, müßte die Fabrikleitung mindestens dafür sorgen, daß die Kolonie sofort der Stadt einverleibt wird. Mit den Beiträgen, die der Arbeiterbauverein von seinen Mitgliedern in absehbarer Zeit erhebt, kann nicht an die Durchführung des Projektes gedacht werden, folglich wird wohl die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft finanziell hinter der ganzen Sache stehen und der Arbeiterbauverein dürfte nur als Anhängeschiff dienen.

Umsomehr haben daher die Arbeiter darauf zu achten, daß ihnen nicht vom Kapital in doppelter Beziehung die Hände gebunden werden. Die kämpfende Arbeiterklasse verlangt nach Freiheit und verwahrt sich entschieden gegen jede Unterdrückung und Rechtlosmachung.

Sind wir mit den Gewerkschaftskartellen auf dem richtigen Wege?

Ueber dieses Kapitel macht die „Holzarbeiter-Zeitung“ folgende beherzigenswerthe Bemerkungen:

„Sonderbare Frage! Selbstverständlich sind wir auf dem rechten Wege mit denselben, sie funktionieren so vorzüglich, daß kein Anlaß vorliegt, eine Reformirung zu wünschen.“ So werden viele Kollegen sagen, ohne sich lange zu bestimmen. Nun, recht viele Kollegen sind darüber auch anderer Meinung. Wir wollen gleich den Stier bei den Hörnern fassen. Welchem Zwecke soll ein Gewerkschaftskartell dienen und wie weit soll sein Wirkungskreis reichen? Zunächst soll es für die Ausbreitung und Kräftigung der Gewerkschaften am Ort wirken, den einzelnen Gewerkschaften in ihren Bestrebungen mit Rath und That zur Seite stehen und ein gemeinsames Vorgehen derselben in allen gewerblichen Fragen und Angelegenheiten zu erzielen suchen, bei deren Erörterung alle organisirten Arbeiter interessiert sind. Dazu soll z. B. nach dem Hamburger Gewerkschaftskartell-Statut gehören: im wirtschaftlichen Kampfe allen beteiligten Organisationen moralische und unter bestimmten Voraussetzungen auch materielle Unterstützung angedeihen zu lassen; statistische Aufnahmen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte sollen veranstaltet und die nötige Agitation für die Wahl von Kandidaten zum Gewerbegericht entfaltet, die Regelung des Herbergswesens und des Arbeitsnachweises — und man könnte noch hinzufügen: die Gründung einer gemeinsamen Bibliothek angedacht werden. Das ist zweifellos ein umfangreiches Feld der Thätigkeit; aber bei Nichte beisehen, geschieht außer der Unterstützungsforderung nach dieser Richtung sehr wenig; vornehmlich hat es sich in der großen Mehrzahl der Gewerkschaftskartelle fast immer nur um Lohnkämpfe als Hauptfrage gehandelt, und das ist's, womit wir uns aus mehrfachen Gründen nicht einverstanden erklären können.

Die Gewerkschaftskartelle sind nach unserem Dafürhalten im Laufe des letzten Jahres von ihrem eigentlichen Grundsatze, die Vorstände der Zentralverbände zu unterstützen, ganz abgelenkt (von einzelnen Ausnahmen abgesehen) und haben sich zu Nebenregierungen entwickelt, die den Zentralleitungen der

Verbände, denen sie nützen sollten, äußerst gefährlich werden, indem sie diesen die finanziellen Mittel entziehen und die Vorstände daher außer Stande kommen, etwaige Lohnkämpfe, die hier und da nothwendig geführt werden müssen, thätkräftig unterstützen zu können.

Wenn auch einzelne Kollegen ungläubig mit dem Kopfe schütteln mögen, das soll uns nicht hindern, unserer Meinung offen Ausdruck zu geben. Wir wissen, daß wir in ein Wespennest greifen, das thut uns aber nicht weh, wir greifen um so fester zu. Zunächst wollen wir uns von vornherein gegen die etwaige Annahme verwahren, als ob uns die Kartelle nicht sympathisch seien, im Gegentheil, wir wollen, daß sie in agitatorischer Hinsicht sich mehr als bisher nützlich machen sollen, aber von „Thaten“, die die Aktionsfähigkeit der Organisationen schwächen, wenn nicht gar gefährden, sollen sie ihre Finger lassen.

Wenn wir bei unserer vorläufigen Besprechung über diese Frage uns nur an unsere Berufsorganisation halten, so steht doch so ziemlich fest, daß das Folgende auch auf andere Organisationen Anwendung findet. Unseren Kollegen wird aus der vorjährigen Diskussion über die Erhöhung der Beiträge noch lebhaft in Erinnerung sein, daß als Argumente gegen die Erhöhung derselben, neben vielen anderen lokalen Ausgaben auch solche für die Gewerkschaftskartelle angegeben wurden, und daß man ferner, und nicht mit Unrecht, hervorhob, daß trotz des erhöhten Beitrages die freiwilligen Sammlungen für den Streikfonds nicht aufhören würden usw. Während wir Welches für selbstverständlich halten, können wir uns doch nicht dafür erwärmen, daß seitens der Kartelle zum Zwecke der Unterstützung örtlicher und auswärtiger Streiks Darlehen in einer Höhe aufgenommen werden, die von der in § 29 des Hamburger Kartellregulativs angegebenen doch ganz gewaltig abweichen und ohne daß die Zentralverbände eigentlich ein Wort darüber mitzureden gehabt hätten.

Wir wollen von der Erörterung der Zweckmäßigkeitfrage in diesem Falle absehen, Thatsache ist ja, daß sämtliche Hamburger Gewerkschaften für dies Jahr, und voraussichtlich noch länger, lahm gelegt sind; wir wollen nur damit sagen, daß den Gewerkschaftskartellen eine derartige weitgehende Machtbefugniß nicht eingeräumt werden darf. Ob solche noch mehreren Kartellen außer dem Hamburger eingeräumt sind, vermögen wir augenblicklich nicht zu sagen; sicher ist aber, daß sie sich alle mehr oder minder mit der Unterstützung von Streiks und Ausständen nicht nur am Ort beschäftigen, sondern selbst in's Ausland namhafte Summen absenden. Die Solidariät der Arbeiter ist dringend nothwendig, das bestreitet Niemand, aber richtiger ist es, wenn man die Unterstützung von Streiks im In- wie Auslande einzig den Vorständen der Zentralorganisationen überläßt.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes rechnet mit 40,000 Mitgliedern in 482 Zahlstellen; er glaubt, daß es gar nicht schwer fallen könne, einige Duzend Streiks im Jahre, darunter solche von Bedeutung, durchzuführen, wenn alle Zahlstellen und alle Mitglieder nach besten Kräften ihre Schuldigkeit thun, d. h. nicht nur die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge, sondern auch solche zum Streikfonds zahlen. Er muß aber zu seinem Erstaunen zweierlei Wahrnehmungen machen. Erstens sammeln die Mitglieder am Orte einen Lokalfonds an, zahlen pro Woche 25 M und mehr, und die Zentralstreikkasse — bleibt leer; zweitens erfährt er aus den verschiedensten Orten, daß die Kartelle an die Mitglieder solche große Anforderungen stellen, daß diese nicht im Stande sind, der Zentralstreikkasse Zuwendungen machen zu können, und wie zum Ueberflusse kommt dann auch noch die Mittheilung, daß die Agitationskommissionen Extrabeiträge von den Mitgliedern erheben; die Folge ist, daß der Vorstand immer in Hängen und Bangen und schwebender Bein sich befindet. Vorwürfe, daß er diesem und jenem Lohnkampfe nicht seine ganze Sympathie zuwende und reichliche Unterstützung zur Verfügung stelle und wohl gar noch solchen zweifelhaften Ausganges ein schnelles Ende bereite, regnen nur so auf ihn herab, aber wohl nur wenige von denen, die Vorwürfe erheben, denken daran, mit welchen Kalamitäten der Vorstand zu rechnen hat. Haben wir gegenwärtig mit solchen zwar noch nichts zu thun, so ist doch die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, wenn die Gewerkschaftskartelle ihre Ausplünderungshandwerk weiter betreiben.

Wir vertreten den Standpunkt, daß nur die Zentralvorstände über Streiks zu beschließen haben und nicht die Gewerkschaftskartelle, daß nur die Zentralvorstände über die Art, wie die Gelder aufzubringen sind, sich einigen müssen, dies aber keineswegs einer Nebenregierung überlassen bleiben resp. diese sich ein solches Recht herausnehmen darf. Die Gewerkschaftskartelle können als ausführende Organe der Zentral-

verbände bei Streiks und Aussperrungen diesen sehr schätzbare Dienste leisten, aber beschließende Organe dürfen sie nicht sein. Wenn das so fort geht, wie bisher in einzelnen Fällen, kommen wir einer Dezentralisation der Gewerkschaftsbewegung recht bald um einen Schritt näher, Scheut es doch heute fast so, als ob lokale Organisationen in den Gewerkschaftskartellen förmlich protegirt werden, und diese daher gar keinen Anlaß haben, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Uns ist ein Fall bekannt, wo uns rund heraus erklärt wurde, „wir stehen uns viel besser, wenn wir dem Zentralverband nicht beitreten; das Gewerkschaftskartell unterstützt uns im Falle eines Streiks sofort, wohingegen wir beim Verbands an gewisse Fristen gebunden sind.“ Daß die Zahlstellen der Zentralverbände an solcher Protegierung kein Interesse haben, ist selbstverständlich, so weit sie an der Unterstützung derartiger lokaler Vereinigungen interessiert sein sollen.

Aber noch ein Weiteres kommt in Betracht, wenn die Mächtebefugnisse der Gewerkschaftskartelle beschränkt würden. Jedes kleine Organisationschen, mag es sich Verband oder Lokalverband nennen, das heute, wenn es an ein Gewerkschaftskartell (natürlich wird dies nur für große Orte zutreffen) um Unterstützung in einem Angriff- oder Abwehrstreik herantritt und wohl in den meisten Fällen Erhöhung findet, dürfte im anderen Falle recht bald seine Ohnmacht begreifen und sich einem größeren Verbands anschließen. Wir kämen dem Beschlusse des zweiten Gewerkschaftskongresses, „den Zusammenschluß der kleinen Organisationen zu Industrieverbänden“, schon ganz bedeutend näher und die bedauerlichen Zerwürfnisse in einzelnen Organisationen, nicht nur der Organisationsform, sondern auch des sorgsam gepflegten Kasstengeistes wegen, würden bald ein Ende nehmen. Der Ausdruck des alten weisen Cato in Rom: er wolle lieber in Athen der Erste, als in Rom der Zweite sein, dürfte dann seine Bedeutung für die Verbändchenspieler recht bald verloren haben.

Diese kurzen Andeutungen, deren Ergänzungen wir uns im gegebenen Falle vorbehalten, sollen nur dazu dienen, unseren Delegirten in den Gewerkschaftskartellen einen kleinen Rippenstoß zu geben, in welchem Sinne ihrer Aufgabe als Vertreter eines großen Zentralverbandes gerecht werden müssen, welche Fehler in den Kartellen zu vermeiden und welche Bestrebungen im Interesse der zentralorganisirten Arbeiter in den Gewerkschaftskartellen zu fördern sind.

Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

(Fortsetzung.)

Unterstützung in besonderen Nothfällen.

Unterstützungen nach § 20 wurden in der abgelaufenen Geschäftsperiode im Ganzen in 496 Fällen mit zusammen M 14,860,80 bewilligt. Diese Unterstützungen sind durchweg an Verheirathete oder solche ledige Mitglieder, die durch irgendwelche Verhältnisse an die Scholle gebunden waren, bewilligt worden.

Die Unterstützungsfälle theilen sich in folgende Gruppen:

- a) solche in Folge der Thätigkeit für Ausbreitung der Organisation:
 1. Maßregelungen 170, davon wöchentlich 91 mit zusammen 287 Wochen und 10 Umzugskosten.
 2. Inhaftirungen 12, davon 3 wöchentlich mit zusammen 12 Wochen.
- b) solche der Noth aus anderen Ursachen:
 1. Arbeitslosigkeit 84.
 2. Krankheit (Unfall, Arbeitsunfähigkeit) 71.
 3. Umzugskosten 92.
 4. sonstige Nothlage (geringer Verdienst, Todesfälle u.) 67.

Die Anwendungen betragen:
für Maßregelungen, einmalige Unterstützungen M 2293
wöchentliche " " 8197
Summa M 5490
für Inhaftirungen " " " " M 380

so daß an Unterstützungen für aus der Thätigkeit für Ausbreitung der Organisation herrührende Nothfälle in Summa M 5870 bewilligt wurden, während die übrigen M 8790,80 auf Unterstützungen in Nothfällen aus Arbeitslosigkeit, Krankheit und aus anderen Ursachen entfallen.

Hierzu kommen noch diejenigen Unterstützungen, die im Jahre 1894 bewilligt, aber erst im 1. Quartal 1895 ausbezahlt wurden. Ferner einige kleinere Beträge, die von den Ortsverwaltungen ohne Bewilligung des Vorstandes gezahlt und verrechnet wurden, und schließlich die nicht unbedeutenden Beträge derjenigen Unterstützungen, die für Streiks genehmigt, da es aber zu solchen nicht kam, als Unterstützung nach § 20 geleistet und verrechnet wurden. Die Gesamtaufwendungen für Unterstützungen nach § 20 belaufen sich einschließlich dieser Beträge auf 16,790,38 M.

Reiseunterstützung.

Dem besseren Geschäftsgang dürfte es auch zuzuschreiben sein, daß die ausbezahlten Reisegeldsummen bedeutend hinter denen der Vorjahre zurückgeblieben sind. Wenn auch zugegeben ist, daß die Reisegeldverkürzung, wie sie die letzte Generalversammlung beschlossen hat, einige Ersparnisse beim Reisegeld ermöglicht hat, so darf man diesem Umstande nicht zu viel Bedeutung beimessen.

Gar zu groß ist noch die Zahl der Verstöße gegen die statutarischen Bestimmungen. Viele werden mit Disziplinarmaßnahmen ausgerüstet, die die Karenzzeit nicht absolvirt haben und erhalten dann unbeantstandet Reisegeld. Andere erhalten über 15 M auf einer Tour. Wieder andere mehr als 3 M an einem Orte, trotzdem Zahlstellen übergegangen sind. Sodann kommt es vor, daß die Beitragsleistung gar nicht beachtet wird.

Alle derartigen Dinge würden nicht vorkommen, wenn die Auszahler ihre Instruktionen genauer beachten würden. Dadurch würde viel Verwirrung vermieden und auch dem Verband eine erkleckliche Summe Geld gespart.

Veranschlagt wurde in der abgelaufenen Geschäftsperiode an Reiseunterstützung

pro 1895 . 49,092,22 M
1896 . 23,473,90 M

Summa 72,566,12 M

mithin ist gegen die vorige Geschäftsperiode 1893-94 ein Rückgang von 43,820,38 M zu verzeichnen.

Die einzelnen Berufe partizipiren an diesen Reisegeldsummen folgendermaßen:

Berufe:	1895		1896	
	Zahl der Perj.	Summa M	Zahl der Perj.	Summa M
Drahtarbeiter zc.	14	138 56	8	104 35
Dreher zc.	485	4665 16	266	1905 47
Feilenhauer zc.	257	2311 70	161	1097 —
Formner zc.	704	6970 36	455	3185 40
Goldarbeiter zc.	24	187 38	11	79 —
Gürtler zc.	74	709 46	36	311 56
Heizer zc.	10	68 63	2	6 10
Hilfsarbeiter zc.	12	236 40	14	58 49
Kesselschmiede zc.	86	800 36	47	275 03
Klempner zc.	916	7891 26	585	4274 80
Kupferschmiede zc.	55	621 60	30	244 86
Mechaniker zc.	112	980 11	83	559 39
Optische Industriearbeiter	—	—	—	—
Metalldrücker zc.	44	389 06	27	183 —
Metallschleifer zc.	32	304 54	28	204 72
Modellstecher zc.	9	78 27	4	24 66
Nadelarbeiter zc.	10	119 93	5	46 31
Schlosser zc.	2108	19047 35	1265	9263 35
Schläger zc.	41	267 49	26	165 49
Schmiede zc.	342	3065 65	180	1294 58
Zinngießer zc.	13	122 61	6	44 93
Sonstige Metallarbeiter	85	534 63	57	427 97
Arbeiterinnen	—	—	4	6 —
Summa	5434	49510 53	3300	23762 96

In diesen Reisegeldsummen sind solche von ausländischen Legitimationen enthalten und erklärt sich daraus die Differenz gegenüber den auf den Jahres-Abrechnungen aufgeführten.

Rechtsschutz.

Rechtsschutzgesuche wurden in der verfloßenen Geschäftsperiode im Ganzen 60 bewilligt, davon waren 32 Strafsachen und 28 Privatklagen.

Die Strafsachen betreffen:

- a) 28 Meate aus der Verbandsthätigkeit, davon 12 öffentliche bzw. Beamtenebeligungen, 8 Vergehen gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung, 1 Hausfriedensbruch, 6 wegen Uebertretung der Landes- bzw. Vereinsgesetze, 7 wegen Nöthigung bzw. „Erpressung“.
- b) 2 Meate aus dem Arbeitsverhältniß, je 1 wegen Meineidsverdacht und Unterschlagung wegen Angreifen des für Auslagen bestimmten Vorkaufes auf Montage.

Die Privatklagen betreffen:

- a) aus der Verbandsthätigkeit: 1 wegen Beleidigung.
- b) Arbeitsverhältniß: 2 Beleidigung, 16 Lohninbehaltungen, 5 kündigungslöse Entlassungen, 4 Unfallsachen.

In den Strafsachen erfolgte in 5 Fällen Freisprechung, in 10 Verurtheilung, 4 schwebten, 3 waren unbenannt. Die Gesamtsumme der verhängten Strafen beträgt 8 Monat, 12 Wochen, 26 Tage an Freiheitsstrafen und 70 M Geldstrafen.

Das Resultat der Privatklagen war: in 6 Fällen Erfolg, in 5 ohne Erfolg, in 5 Vergleich, 4 schwebten, 7 wurden gegenstandslos und bei 1 ist der Ausgang unbekannt.

Die Berichterstattung über den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten ließ sehr zu wünschen übrig. Unzweifelhaft ist die Zahl der Rechtsstreitigkeiten, die aus Verbandsmitteln oder unter Garantieleistung mit Verbandsmitteln geführt werden, größer. Man gewährt den Rechtsschutz bis zur ersten Instanz und läßt die Sache, namentlich wenn sie günstig verlaufen ist, auf sich beruhen. Es wäre kein Fehler, wenn auch über derartige Fälle berichtet würde, da auch sie zu den Leistungen des Verbandes gehören.

Die Anwendung der Vereinsgesetze.

Auch über dieses Kapitel enthält der Bericht interessante Ausführungen; es würde aber den Rahmen dieses Berichtes überschreiten, wollten wir darauf eingehen. Auf einen speziellen Fall kommen wir überdies noch zurück.

Die Kämpfe um Verbesserung der Lage der Berufsgenossen.

Einer seiner hervorragendsten Aufgaben suchte und hatte der Verband in der abgelaufenen Geschäftsperiode in größerem Maßstabe gerecht zu werden und kann konstatirt werden, daß es mehrfach gelungen ist, Verbesserungen der Lage einzelner Berufe zu erzielen. Allerdings waren auch die Fälle des Mißerfolges nicht selten.

Die in den letzten Jahren geführten Kämpfe sind in mehrfacher Beziehung lehrreich. Sie geben ein Bild von dem Stand unserer Organisation und haben auch für den Unerfahrenen zur Genüge dargegethan, daß die Organisation der Unternehmer uns noch bedeutend voraus ist. Der aufsteigenden Geschäftskonjunktur ent-

sprechend war auch die Zahl der Kämpfe, die früher Entziffenes zurückzuerlangen oder eine Verbesserung der Lage bezweckte, sehr bedeutend und zeigt sich auch hierbei eine andere Lattit als in früheren Jahren. Während früher das Durcheinander auf eine Erhöhung des Lohnes gerichtet worden ist, tritt in den jetzigen Kämpfen die Verfürzung der täglichen Arbeitszeit in den Vordergrund, was abgesehen von günstigen Einflüssen für die Arbeiter selbst schon aus dem Grunde zweckmäßiger ist, weil bei schlechtem Geschäftsgange der Unternehmer schwerlich die Arbeitszeit wieder zu verlängern Ursache hat, also die einmal erreichte Verkürzung der Arbeitszeit schwerlich wieder abgekauft wird.

Allerdings ist dies nur zutreffend, so lange man nicht nur während des Kampfes, sondern auch noch nachher die Organisation zu stärken und zu fördern sucht. Aber gerade hierin wird sehr viel gesündigt.

Häufig wird mit irgend welchen Forderungen an die Unternehmer agitirt und werden auf diese Art die Kollegen in die Organisation hineingezogen. Während der Begeisterung werden dann auch wohl die Beiträge besser bezahlt; ist aber der Kampf vorüber, so sinkt meistens die Beitragszahlung auf das frühere Niveau zurück, wenn sie nicht gar noch schlechter wird, wie es in einigen Fällen vorgekommen ist. Trotzdem ein Jeder die Wohlthaten der Organisation empfangen hat und weiß, daß die bezahlten Unterstützungen sich nur aus den gezahlten Beiträgen der Mitglieder zusammensetzen, wird doch gar zu leicht nach siegreich beendeten Kämpfen die Verpflichtung der Beitragszahlung vernachlässigt. Selbst Verwaltungen, die sonst in ihrer Beitragszahlung sich großer Pünktlichkeit befleißigen, sind hier von nicht ausgenommen, wenigstens ihre Beitragsrückstände sehr minimal sind.

Unmittelbar vor oder während des Streiks werden die Beiträge am besten bezahlt. (Im Bericht ist dies durch eine Tabelle über die allgemeinen Streiks eines Berufes tabellarisch anschaulich dargestellt.)

Was nun die Streiks und Lohnbewegungen selbst anbelangt, so sind hier manche Dinge vorgekommen, die nicht gerade förderlich für die Entwicklung des Verbandes sein können, weil sie meist zu Mißverständnissen und Konflikten führen.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Lohnbewegungen ganz gegen die statutarischen Bestimmungen und ohne den Vorstand in Kenntniß gesetzt zu haben, inszenirt oder so weit vorbereitet wurden, daß es ein Zurück nicht mehr gab.

Wenn jede Verwaltungsstelle in dieser Weise selbständig vorgeht, unbekümmert darum, ob die Verbandskasse anderweitig in Anspruch genommen ist oder nicht, ist es unausbleiblich, daß im Falle des Ausbruches eines Kampfes die Mittel zur Unterstützung nicht vorhanden sind, wodurch dann die bisher betriebene Agitation nicht nur nutzlos, sondern direkt nachtheilig wird.

Die Kämpfe in der abgelaufenen Geschäftsperiode waren ziemlich zahlreich und der Erfolg sehr wechselnd.

In einer ganzen Anzahl Orte gelang es, ohne Streit etwas zu erreichen, an anderen genügte die Kündigung, um bis zur Beendigung dieser Frist ein Resultat zu erzielen. Ebenso sind aber auch Fälle des Gegenheilts vorgekommen, indem die Arbeiter sich nicht zum Widerstand zu ermannen vermochten.

Im Großen und Ganzen ist die Berichterstattung über die Streiks noch ziemlich mangelhaft, wenn sie auch bedeutend besser als in früheren Jahren geworden ist. Die Seitens des Verbandes unternommenen Bewegungen in den Jahren 1895-96 sind im Bericht übersichtlich zusammengestellt.

Für die dort aufgeführten 60 Streiks zc. wurden im Ganzen vom Verband ausgegeben 123,394,30 M

Hierzu für einzelne an Streiks betheiligte Mitglieder 607,14 "

und für die vom Streik in Gilitrov her Arbeitslosen 6006,63 "

Gesamtsumme für eigene Streiks 130,008,07 M

von der durch Sammlungen gedeckt wurden 5598,75 "

so daß aus reinem Verbandseinkommen 124,409,32 M für Streikunterstützung Verwendung gefunden haben, womit dem Charakter der Kampforganisation genügend Rechnung getragen sein dürfte.

Außer obigen Streik-Unterstützungen an die Verbandsmitglieder wurden noch 8800 M für Streikende anderer Berufe spendet, so daß die Gesamtsummen für Streiks in den Jahren 1895-1896 138,308,07 M betragen. Außerdem bewilligte der Vorstand den österreichischen Kollegen ein Darlehen von 1000 M.

Von den Streiks sind 30 erfolglos, 12 mit Erfolg, 14 mit theilweisem Erfolg resp. durch Vergleich erledigt worden, 2 Streiks sind noch unentschieden, 1 wurde gegenstandslos und bei 1 wurden die Forderungen nach Beendigung des Streiks bewilligt. Besondere Beachtung verdient, daß fast alle wegen Maßregelung inszenirten Streiks verloren gingen.

Der Bericht verbreitet sich dann noch über die internationalen Beziehungen, das internationale Informationsbureau, das Verhältniß zur Generalkommission, über Besuchen gegen die Expedition und Redaktion des Verbandsorganes und statistische Erhebungen innerhalb des Verbandes.

In letzterer Beziehung wird das bisherige Gesamtergebniß der Arbeitslosenstatistik pro 1896 mitgetheilt.

Nach der Konstatirung, daß unser Verband im Aufschwunge begriffen ist, schließt der Bericht: „So erfreulich diese Erscheinung auch im Allgemeinen ist, darf sie uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch sehr Vieles anders werden muß, um den Verband wirklich zu dem zu machen, was er sein soll: zum Wahrer und Verfechter der Interessen der deutschen Metallarbeiter.“

Gesamt-Einnahmen und Ausgaben von 1895/96.

Einnahmen.	
Vermögensbestand am 31. Dezember 1894	36,421,53 M
An Beitrittsgeldern	17,475,00 "
" Beiträgen	502,994,25 "
" Delegirtenmarken à 10 S	5,132,50 "
" Reservefondmarken à 15 S	7,848,75 "

Table with financial data: Streitgeldern, Vorschüssen der Verwaltungen, Ausgaben, Agitation, etc. Total sum: 592,700,71 M.

II. Bericht über die Generalversammlung, abgehalten im „Hofjäger“ in Braunschweig vom 20. bis 24. April 1897.

Die Verhandlungen begannen am 20. April, Morgens 8 Uhr, mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Vorstandes, Kollegen Hollstein. Darauf eröffnete der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Schlichte, die Generalversammlung unter Hinweis auf die wichtigen Punkte, mit denen sich dieselbe zu beschäftigen haben wird, und dem Wunsch, daß die Beschlüsse zum Segen des Verbandes ausfallen mögen.

Als Vorsitzende wurden Hartzer-Fürth, Krause-Cheunich und Gärtner-Magdeburg; als Schriftführer Deutschmann-Leipzig, Jakob-Mensburg, Garbe-Kassel, Reichard-Dresden, Schneckenburger-Halle, Schütz-Breslau, Müller-Schwabach und Breder-Nürnberg; als Führer der Rednerliste Schäfer-Frankfurt und Kriegler-Leipzig gewählt.

Die Mandate der Delegierten wurden sämtlich für gültig erklärt. Ueber sämtliche Punkte, insbesondere über den der Frankfurter Verwaltung gegen die Wahlkreiserteilung durch den Vorstand wurde zur Tagesordnung übergegangen und demgemäß, auch der Antrag, den Genossen Bornemann-Bodenheim als zweiten Delegierten für die 19. Wahlkreiserteilung zu empfehlen, abgelehnt. Die Zahl der Delegierten betrug 75. Der Vorstand war vertreten durch seine drei besetzten Mitglieder, der Ausschuss durch den Vorsitzenden; außerdem war der Redakteur des Verbandesorgans, sowie der Vorsitzende der Generalkommission, Regien, anwesend, um sich an der Beratung über die Stellung des Verbandes zur Generalkommission zu beteiligen. Die Gen. Litfin, Räther und Pögel, Mitglieder des Berliner Zentralverbandes, waren als Gäste anwesend.

Zu dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag, gab Schlichte einige Erläuterungen.

Der Bericht des Ausschusses, erläutert durch dessen Vorsitzenden Peterhans, umfaßte eine Reihe von Beschlüssen gegen Maßnahmen des Vorstandes.

In der Debatte über den Vorstands- und Ausschussbericht wurden weitere Beschwerden vorgebracht, die größtenteils durch Klarlegung des Sachverhalts erledigt wurden. Die Debatte über diesen Punkt endete am Schluß der 3. Sitzung.

Dem Kassier Werner wurde einstimmig Verzehe erteilt.

Die Beratung über den dritten Punkt der Tagesordnung: Beitragsleistung - Unterstützungsweisen - Streiks - Arbeitslosenpatente" führte drei Sitzungen aus. Sie endete mit dem Resultat, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 23 Stimmen (1895: 54 gegen 11) verworfen wurde. Die namentliche Abstimmung über die beantragte Urabstimmung für die Arbeitslosenunterstützung ergab folgendes Resultat: 46 für, 28 gegen. Dejung-Frankfurt behauptete nun, daß für Annahme der Urabstimmung, welche in diesem Falle auf eine Änderung der Statuten hinausgehe, hinrentgenmäßig 2/3 der Delegierten dafür zu stimmen hätten. Von anderer Seite wurde dies bestritten. Nach langer Diskussion wurde der letzte Beschluß wieder laßt und mit knapper Majorität beschlossen, daß 2/3 der Stimmen zur Annahme einer Urabstimmung erforderlich seien. Die nun folgende Abstimmung ergab 43 Stimmen für, 30 gegen die Urabstimmung, wodurch dieselbe abgelehnt wurde. - Die Darlegungen des Referenten Segitz und des Korrespondenten Peterhans über diesen Punkt werden wir in nächster Nummer ausführlich bringen.)

In der 7. Sitzung am 23. April fand zur Beratung die Stellungnahme zur Generalkommission der Gewerkschaften. Einleitend berichtet Breder-Nürnberg über den Gewerkschafts-Kongress zu Berlin 1895. Die Beitragsleistung der Beiträge an die Generalkommission sei durch die Stellung der Delegierten der Metallarbeiter auf dem Ge-

werkschaftskongress gegeben. Die Metallarbeiter haben unter der Voraussetzung ihre Zustimmung zum Fortbestand der Generalkommission gegeben, daß diese dahin wirken möge, die kleinen Branchen-Zentralisationen und Lokal-Organisationen zum Anschluß an die großen Industrieverbände zu veranlassen. Dieser Voraussetzung habe die Generalkommission nicht entsprochen. Redner bittet, Bezug nehmend auf die von mehreren Verwaltungsstellen gestellten Anträge, die Zahlungen der Metallarbeiter einzustellen. - Regien, als Vertreter der General-Kommission, zeigt auf Grund der Kongressverhandlungen von Halberstadt und Berlin, daß die Metallarbeiter es gewesen seien, welche den wesentlichsten Anteil an der Schaffung und Erhaltung der Institution „General-Kommission“ haben. Es fehlen daher die rechtlichen Grundlagen für den Rücktritt der Metallarbeiter. Die General-Kommission sollte das Bindeglied für die Gewerkschaften Deutschlands sein. Sie könne daher nicht durch zu schnelles Vorgehen gegen Sonder-Organisationen Zwiespalt erregen. Diese Frage wird mit der Entwicklung der Industrie sich selbst lösen. Die Generalkommission sei zu unrunder Zeit von schwachen Gewerkschaften gegründet; daher erscheinen ihre Maßnahmen als unzureichend. Tatsächlich sei die Agitation unter den Nahrungsmittel-Arbeitern, sowie unter den gewerblichen Arbeiterinnen durchaus nicht erfolglos gewesen. Die Bergarbeiter-Organisation sei ein Werk der Tätigkeit der General-Kommission. Die Arbeit für die Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen und Oberschlesien habe namentlich für die Metallarbeiter hohen Wert. Wegen der politischen Situation sei diese Arbeit aber so schwer, daß eine einzelne Organisation sie nicht leisten könne. - Nach kurzer Debatte wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 27 Stimmen beschlossen, die Beiträge weiter zu bezahlen.

Es folgt die Beratung des Antrages auf Abschaffung der Reiseunterstützung. In namentlicher Abstimmung wird mit 65 gegen 10 Stimmen (1895: 48 gegen 16) beschlossen, die Reiseunterstützung beizubehalten.

Ferner wird gegen 3 Stimmen beschlossen, einen Passus in das Statut aufzunehmen, wonach die Generalversammlung in Zukunft bei allen wichtigen Fragen die Zustimmung einer Urabstimmung beschließen kann.

Ebenso wird die Beibehaltung des Obligatoriums für die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ durch Uebergang zur Tagesordnung über die diesbezüglichen Anträge beschlossen.

Die Bedingungen für den Uebertritt der Berliner Lokalorganisation wurden gegen eine Stimme angenommen. (Auch darüber werden wir in nächster Nummer einen Nachtrag bringen.)

Es folgte hierauf die Statutenberatung. Wir werden in nächster Nummer die Paragraphen, an denen Änderungen vorgenommen wurden, in ihrem neuen Wortlaut bringen, ebenso einige Anträge und Resolutionen. Für heute seien noch folgende Beschlüsse erwähnt:

Einsetzung von Hilfsarbeitern.

Dem Vorstand wurde die Befugnis zugesprochen, Hilfsarbeiter, die nur bis zu 4 Wochen beschäftigt werden sollen, selbständig anzustellen, darüber hinaus in Gemeinschaft mit dem Ausschuss.

Ein Kassiersystem.

Der diesbezügliche Antrag aus Nürnberg wurde dem Vorstand zur Ausführung überwiesen.

Schelte.

Der Gehalt des 1. Vorsitzenden, des Kassiers und des Sekretärs wird auf monatlich 165 M., der des Hilfsarbeiter auf 140 M. und der des Redakteurs auf 180 M. festgesetzt. Für die besetzten Vorstandsmitglieder und die Hilfsarbeiter werden die sämtlichen Klassen- u. Beiträge vom Verbandsvoll bezahlt.

Ferien.

Den Verbandsbeamten der Hauptverwaltung und den Hilfsarbeitern, ebenso dem Redakteur und Expedienten der „M.-A.-Z.“ werden jährlich 8 Tage Ferien unter Fortzahlung ihres Gehaltes gewährt.

Däten der Verbandsbeamten.

Der Beschluß der Altenburger Generalversammlung, wonach die Däten der Verbandsbeamten bei Generalversammlungen inklusive ihres Gehaltes den Dätensatz für die Delegierten nicht übersteigen durften, wurde annulliert. Die Däten betragen künftig pro Tag 5 M.

Wahlen.

Als Sitz des Vorstandes wird wieder Stuttgart, der des Ausschusses Frankfurt a. M. bestimmt. Die bisherigen Verbandsbeamten wurden wiedergewählt, ebenso der bisherige Redakteur des Verbandesorgans. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Dejung-Frankfurt a. M. gewählt, da der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl von vorherein ablehnte.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Formen.

Meißen. Im Jakobwerke in Meißen sind Differenzen ausgebrochen. Die Formen verlangen Abschaffung der Arbeit, Einführung eines festen Lohnsatzes, 25 Prozent Lohnzuschlag für Überstunden, Abschaffung der Abzüge wegen Entschlackung usw. - Unterhaltung der Unfallversicherungsbeiträge und Abstellung verschiedener sonstiger Wünsche. Kollegen, nähere Forderungen sind gering; die Lohnunterstützung ist ausgezeichnet. Wir müssen uns endlich wehren, wir dürfen uns nicht länger Lohnabzüge gefallen lassen. Bezug ist fernzubehalten. Anträgen sind zu richten an E. Schäfer, Meißen, Schulplatz 2.

Stuttgart. In Nr. 17 der „Metallarbeiter-Zeitung“ befindet sich ein Schiedsspruch des Gewerbegerichts Stuttgart, welcher zwischen dem Fabrikanten E. Häpfler und dessen Formern, welche seit November vorigen Jahres sich im Auslande befinden, abgeschlossen wurde. Dieser Schiedsspruch spricht klar und deutlich aus, daß alle Forderungen, welche von den Ausländern gestellt waren, bewilligt wurden, nicht aber, daß die Sperre sofort zurückgezogen werden müsse.

Es ist zwar während der Unterhandlungen von Häpfler darauf hingewiesen worden, wurde aber von dem Gewerbegerichtsvorsitzenden, sowie von den Besitzern beider Theile nicht berücksichtigt. Selbstverständlich wäre es möglich, die Sperre sofort aufzuheben, wenn der Fabrikant auch gleich alle im Auslande befindlichen Former wieder beschäftigten könnte; so muß aber abgewartet werden, bis so viel Modelle in der Fabrik sind, daß Herr Häpfler alle noch vorhandenen und am Auslande theilhaftigen Former einstellen kann. - Die Sperre bei Häpfler in Stuttgart besteht noch zu Recht, die gemachte Mitteilung ist irrtümlich, da erst abzuwarten ist, ob das im Schiedsspruch festgelegte auch vom Fabrikanten gehalten wird. Sind die Former, welche am Auslande theilhaftig waren, wieder in der Fabrik, dann wird auch die Sperre aufgehoben werden. Es wird also ersucht, den Bezug nach Stuttgart zu Häpfler noch fernzuhalten.

Die Streikkommission.

Fürth. In Folge Maßregelungen von Genossen wegen Zugehörigkeit zur Organisation ist in den Gießereien Altetten und Korschach, vormals Borner & Comp. der Streik ausgebrochen, und warnen wir hiermit vor Bezug.

Klempner.

Titel. Zur Lohnbewegung der hiesigen Klempner. Die am 21. April im Schröder's Restaurant abgehaltene öffentliche Klempnerversammlung war besonders stark besucht. Die Debatte über das Antwortschreiben der Innung vom 14. März d. J. war eine sehr lebhaft und wurde der Inhalt desselben in geheimer Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen als unannehmbar erklärt. Hierauf wurde der von der Lohnkommission ausgearbeitete Lohnsatz mit ganz geringen Änderungen einstimmig angenommen. Derselbe lautet: 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit halber Stunde Frühstück- und 1 1/2 Stunde Mittagspause. 2. Bei eintretendem Arbeitsmangel im Winter kann durch gegenseitige Vereinbarung die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. 3. An den Vorabenden der drei hohen Festtage ist Nachmittags 4 Uhr Feierabend; sind Notharbeiten vorhanden, so müssen dieselben als Überstunden bezahlt werden. 4. Der Minimallohn beträgt pro Stunde 40 P.; für Gesellen, welche mit dem am Ort vorkommenden Arbeiter vertraut sind und bereits 40 P. erhalten, erfolgt 5 P. Lohnzulage pro Stunde. 5. Für Überstunden erfolgt 10 P. Lohnzuschlag pro Stunde. 6. Für auswärtige Arbeiten, bei welchen der Wohnort Abends nicht zu erreichen ist, wird neben freier Fahrt ein täglicher Lohnzuschlag von 1,50 M. eb. freie Station gewährt. Die freie Fahrt wird auch da gewährt, wo die Wohnstelle Abends wieder zu erreichen ist. 7. Zur Regelung eintretender Differenzen besteht eine Lohnkommission, welche bei vorkommenden Fällen mit den Meistern in Verbindung zu treten hat. 8. Dieser Tarif tritt mit dem 8. Mai 1897 in Kraft. - Falls mit den Arbeitgebern keine Einigung zu Stande kommt, wird die Arbeit am 8. Mai d. J. überall da eingestellt, wo dieser Tarif nicht bewilligt ist. Diejenigen Kollegen, bei welchen gesetzliche Kündigung besteht, hatten bereits am 24. April mit der Motivierung zu kündigen, daß sie am 8. Mai die Arbeit niederlegen, falls nicht bewilligt wird. Zum Schluß wurde von der Lohnkommission darauf hingewiesen, daß am 10. Mai Morgens 10 Uhr in der „Zentralhalle“ eine öffentliche Versammlung der ev. streikenden Klempner stattfindet, in welcher alle Kollegen, deren Arbeitgeber den Tarif nicht bewilligten, zu erscheinen haben.

Metall-Arbeiter.

Basel. Metallarbeiter der Schnellpressenbranche, Achtung! Die hiesige Firma Bentel und Merian hat in den letzten Wochen einer großen Anzahl mißliebiger Arbeiter gekündigt, um dafür auswärtige einzuzustellen. Die Kündigungen dauern noch immer fort, wir ersuchen daher sämtliche Kollegen, Bezug nach Basel, besonders von Arbeitern obiger Branche, nach Kräften fernzuhalten. Der Vorstand des Met.-Arb.-Fachvereins.

Dessau. Wenn wir einmal wieder die Spalten unserer Zeitung in Anspruch nehmen, so soll es gelten, den Kollegen zu zeigen, welche Verhältnisse hier am Orte existieren. In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Polstus ist laut Arbeitsordnung eine 10 1/2 stündige Arbeitszeit vorgegeben, aber diese genügt nur der kleinste Theil der Arbeiter, in der Regel wird 12 1/2 bis 16 1/2 Stunden täglich gearbeitet, es ist sogar vorgekommen, daß in der Dreherei ein Arbeiter 121 Stunden in einer Woche gearbeitet hat. Wie dabei ein Arbeiter seinen familiären und gesellschaftlichen Pflichten nachkommen soll, ist schwer zu sagen. Kommt der Arbeiter nach Hause und hat er sich gereinigt und hat gegessen, so ist er so müde, daß er gleich schlafen geht, um am andern Tag dem Kapital wieder Dienste zu leisten. Aber auch in gesunder Beziehung schadet die lange Arbeitszeit, denn der Staub, der sich durch die Metallverarbeitung entwickelt, ist der Lunge besonders schädlich und in Verbindung mit einer übermäßig langen Arbeitszeit hat er zur Folge, daß bei so vielen Berufskollegen die Schwindsucht, die Proletarierkrankheit, ihre reiche Ernte hält. Ein anderer Uebelstand ist die einstündige Mittagspause. Die Fabrik liegt etwas entfernt von der Stadt, dadurch sind die Arbeiter zum großen Theil gezwungen, ihr bishigen Mittagessen auf der Arbeitsstätte zu verzehren und hierfür ist nicht einmal ein Speisesaal vorhanden, sondern dazu dienen die Werkstätten, zu denen die Frauen und Kinder, welche das Essen bringen, Zutritt haben. Dessen ungeachtet sehr leicht durch Einführung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause zum Wohle der Arbeiter abhelfen. Die Lohnverhältnisse sind auch nicht die günstigsten; so werden Schlosser mit M. 2,50 und noch weniger per Tag eingestellt. Die ungelerneten Arbeiter erhalten bedeutend weniger. Die Arbeiter sind bei den Schlossern so gesetzt, daß nur die älteren Arbeiter zu einem einigermaßen auskömmlichen Lohn kommen können. Es ist vorgekommen, daß ein Schlosser in einer Woche bei 72 Stunden ganze M. 17,14 verdient. Nach Abzug von 42 P. Kranken- und Invalidengeld bleibt M. 16,72. Bei solchen Löhnen sind die Arbeiter darauf angewiesen, durch Überstunden etwas hinzu zu verdienen. Wäscheeinrichtungen fehlen gänzlich. Viele von den Arbeitern gehen so schmutzig wie sie geworden sind, zu Haus, andere waschen sich nothdürftig die Hände in kleinen Gefäßen, die sie sich selbst besorgt haben. Gewöhnlich waschen sich mehrere zusammen in einem solchen. Ebenso ist Mangel an Trinkwasser, das vorhandene ist weiches Wasser und zum Trinken unbrauchbar.

Dann sind in der alten Werkstatt keine Luftklappen im Dache; entsteht in der Schmelze Rauch, so verbreitet sich derselbe durch die ganze „Bude“, worunter hauptsächlich die auf der Gallerie Arbeitenden am meisten zu leiden haben, denn die Fensteröffnungen gestatten nicht genügend Abzug. Angefichts solcher Thatfachen sollte man doch meinen, daß die Arbeiter der Polytechnischen Fabrik allen Grund hätten, sich dem D. M. B. anzuschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Aber statt dessen denken sie entweder gar nicht über ihre Lage nach oder aber sie schließen sich den Pirsch-Dunder'schen Vereinen an, die auf dem Wege der „freien Vereinbarung“ zwischen Unternehmer und Arbeiter alles Heil zu finden glauben. Mögen die Arbeiter doch mal erkennen, daß sie vereinzelt nichts sind, aber geschlossen eine Macht bilden. Von selber stellt der Fabrikant die geschilberten Verhältnisse nicht ab, dies ist nur durch festes Zusammenhalten der Kollegen zu bewirken. Deshalb, Kollegen, schließt Euch Mann für Mann der Organisation an, damit wir, Schulter an Schulter stehend, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen können.

Briesen a. b. Nege. Am 11. April fand hier eine Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Rohrlach-Berlin über Zweck und Nutzen der Organisation referierte. Der Referent machte in der Einleitung seines Vortrages auf den Unterschied zwischen dem D. M. B. und den Pirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen sowie den katholischen und christlichen Arbeitervereinen aufmerksam und betonte, daß heute von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit keine Rede sein könne, ebenso wenig könne man darauf hoffen, daß die Arbeitgeber aus christlichem Mitgefühl die Lage der Arbeiter verbesserten. Es sei das Bestreben der Arbeitgeber, aus den Arbeitern immer höhere Profite herauszuschlagen, sei es durch Steigerung der Arbeitsleistung, sei es durch Kürzung des Lohnes. Diesem Bestreben gegenüber sei es Pflicht der Arbeiter, sich zu organisieren, um eine möglichst angemessene Bezahlung der Arbeit zu erringen. Die Organisation sei der D. M. B. Redner zeigte zum Schluß noch, wie durch die Arbeit Alles hervorgebracht und wie von dem Mehrerwerb der Arbeit, welcher den Arbeitern bei ihrer Entlohnung vorenthalten wird, das Unternehmertum ein gutes Leben führt, während der Arbeiter bei angestrengter Arbeit sich kaum ernähren kann. 8 Metallarbeiter traten der Organisation bei, so daß unsere Mitgliederzahl jetzt auf 28 gestiegen ist. Kollegen und Metallarbeiter, erwidert aus Eurem Schlaf, zieht endlich die Schlafmütze vom Kopf herunter und haltet Euch fern von den Vergnügungs- und Klimbimbvereinen; besucht regelmäßig die Mitgliederversammlungen, denn nur da ist der Ort, wo wir unsere Lage besprechen können. Darum, Kollegen, auf, an's Werk, lüde ein Jeder nach besten Kräften dafür einzutreten, daß unsere noch junge Filiale blühe und gedeihe, denn vereinzelt sind wir nichts, aber vereint sind wir eine Macht. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 1. Mai Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Feinrich statt.

Hamburg-St. Georg. D. M. B. Versammlung am 6. April. Zunächst wurde vom Vorsitzenden der Boykott über die Sanja-Brodfabrik bekannt gemacht und die Kollegen aufgefordert, die Ausständigen, so weit es in ihren Kräften steht, moralisch zu unterstützen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß diejenigen, die den 1. Mai feiern können, sich Früh 8 Uhr bei Hommel versammeln können, um dann gemeinschaftlich zu den Versammlungen zu gehen; für die, die nicht feiern, sollen Marken ausgegeben werden nicht unter 50 S., der Erlös soll zum Fonds der Ortsverwaltung verwandt werden. Bei Todesfällen von Mitgliedern ist die Ortsverwaltung ermächtigt, eine Annonce im „Hamburger Echo“ und im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Als Besoldung des Kassiers wurden 4 bewilligt, für die Zeitungsbeihilfe 1,50 pro Vierteljahr. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete W., den von der kombinierten Vorstandsführung D. Von der Ortsverwaltung wurde der Versammlung vorgelegt, daß ein Schrank und ein Briefkasten angeschafft werden müßten; hierzu wurden 15 S. bewilligt. Ein Antrag, die Annonce im Versammlungsanzeiger der Verbandszeitung wegzulassen und dafür die rothen Laufzettel einzuführen, wurde angenommen. Da in unserer Verbandszeitung die wissenschaftlichen Berichte jetzt ganz fehlen, wurde ein Antrag angenommen, in einer kombinierten Versammlung einen solchen Vortrag zu halten.

Silberstein. Wie wohl noch erinnerlich sein wird, wurden wir durch Verfügung vom 11. April 1896 für politisch erklärt. Auf verschiedene Beschwerden bis zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ist nun nach Jahresfrist an unseren Bevollmächtigten von der hiesigen Polizeidirektion folgender Bescheid ergangen: „Nachdem der Herr Regierungspräsident es mir gestattet hat, ziehe ich meine Verfügung vom 11. April 1896, wonach der Deutsche Metallarbeiter-Verband als ein politischer Verein anerkannt worden ist, hiermit zurück.“ (Unterchrift unleserlich.) — Also doch! Man wird uns also künftig wieder gnädigst gestatten, eine „Versammlung“, an der Frauenspersonen Theil nehmen können (wir mit unserem gewöhnlichen Unterthanenverband nennen es Vereinsvergängen) abzuhalten.

Karlsruhe. Wiederum sehe ich mich genöthigt, die Spalten unseres Verbandsorganes in Anspruch zu nehmen, um die Kollegen der allgemeinen Zahlstelle aus ihrer lethargie aufzurütteln. In einer Zeit, wo alle Arbeiter sich der Organisation anschließen um ihre Existenz verbessern zu suchen, sollte doch auch bei uns das Interesse an der Arbeiterbewegung in den Vordergrund treten. Aber dem ist hier nicht so. In allen in letzter Zeit hier abgehaltenen Versammlungen, habe es die Holzarbeiter- oder Bauhandwerkerbewegung betroffen, glänzten die Metallarbeiter mit Abwesenheit, während sich doch jeder zielbewusste Arbeiter sagen muß, daß jeder Vor- oder Nachtheil, welcher durch Organisationen entsteht, seine Wirkungen auf alle Arbeiter ausübt. Jedoch scheint es den hiesigen Metallarbeitern eben so gut zu gehen, daß sie das Alles für Nebensache halten. Werden die Arbeiter aber einmal vor eine Alternative gestellt, dann soll durch Ueberhaftung Alles wieder eingeholt werden. Sogar die ordentlichen Versammlungen werden sehr großlich vernachlässigt, so daß, wie in der letzten Versammlung, kaum 20 Mitglieder anwesend sind. Kollegen von Karlsruhe, wo soll denn das hinaus? 26 Kollegen können doch keine Beschlüsse fassen, wenn 150 dabei in Betracht kommen. Werden aber nun trotzdem Beschlüsse gefaßt, so sind diejenigen, die es nicht für nöthig finden, die Versammlung zu besuchen, die größten Mägler, die es Allen etwas auszusagen haben.

Macht man die Kollegen darauf aufmerksam, so werden die verschiedensten Einwendungen gemacht. Am meisten wird die beabsichtigte Beitragserhöhung als Grund für die vorläufige Neutralität angegeben. Dann kommen wieder Ungehörigkeiten zwischen einzelnen Verbandskollegen vor, welche Grund zum Zurückziehen sein sollen. Ich möchte die Kollegen doch bitten, auf solche Kleinigkeiten nicht einzugehen, sondern immer nur das Interesse der Allgemeinheit im Auge zu behalten, dann werden viele Streitigkeiten vermieden werden und kann auch eine regere Agitation entfaltet werden. Es ist doch gewiß ein trauriges Bild, wenn trotz der Mühe, die sich einzelne Kollegen geben, der Mitgliederbestand zurückgeht und dieser Rückgang lediglich auf die Interesslosigkeit der schon vorhandenen Mitglieder zurückzuführen ist. Würden die Kollegen mehr in die Versammlungen kommen und ihre Beiträge bezahlen, so würden eben nicht so viele ausgeschlossen werden müssen. Wenn nun aber gar Kollegen ihren Austritt erklären, weil sie gemahnt worden sind, so schlägt dies dem Faß den Boden aus. Wenn ein Kollege ein Vierteljahr nicht mehr an den Verband gedacht hat und wird an seine Pflicht gemahnt, so ist letzteres doch nicht mehr als recht und billig und kein Grund den Belästigten zu spielen. Ich bitte also die Kollegen, in Zukunft auch diesem Uebelstande vorzubeugen und die Versammlungen zu besuchen, nicht in andere Wirthschaften zu gehen und Alotria zu treiben. Dazu ist doch auch Geld vorhanden, warum also nicht dafür, seine eigenen Interessen zu wahren. — Die nächste Versammlung wurde wegen der Maifeier auf Montag, den 3. Mai, verschoben und wird dort die Aufgabe der Fragebogen betreffs Sammlung statistischen Materials erfolgen. Auch findet Abrechnung vom 1. Quartal statt. Am 14. Mai wird eine kombinierte Versammlung stattfinden mit Berichterstattung von der Generalversammlung. Die Kollegen werden also ersucht, für diese Versammlungen eine lebhaftige Agitation zu entfalten.

Mannheim. Die hiesigen Bau-Jocher sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einigen Werkstätten wurden die Forderungen bewilligt. Bei Jos. Lang haben am 26. April 22 Mann die Arbeit eingestellt. Zugang fernhalten. Näherer Bericht folgt.

Offenbach a. M. Am 5. April fand in der „Stadt Heidelberg“ eine Versammlung der hiesigen Zahlstelle des D. M. B. statt, welche sich zu einer sehr interessanten gestaltete. Als 4. Punkt stand ein Vortrag des Herrn Dr. Quilling aus Frankfurt auf der Tagesordnung, und zwar über die „Metalltechnik im Alterthum“. Da das Gebiet der „Metalltechnik im Alterthum“ ein zu weitgehendes für einen einzigen Vortrag ist, sah sich Herr Dr. Quilling veranlaßt, vorerst einmal über die „Münzprägung im Alterthum“ zu referieren. Es sind von den hiesigen Metallarbeitern eine ganze Reihe Vorträge über dieses Thema in Aussicht genommen. Der Herr Referent begann seinen vortrefflichen Vortrag mit einem Rückblick auf die Steinzeit, wo die Völker ihre Waffen und Geräthschaften noch von Steinen verfertigten. Erst nach und nach ist dann das Metall bekannt geworden. So ist in Europa vor etwa 3—4000 Jahren zuerst das Kupfer, Messing und die Bronze aufgetaucht. Dieses lernte man sehr bald bearbeiten. Auch erkannte man bald das Praktische des Metalls als Werthmesser. Man goß lange Stangen, welche dann je nach dem Werthe des Rohstoffes in Stücke gehauen wurden. Doch dies erwieß sich auf die Dauer als unpraktisch, weshalb man auf den Gedanken kam, kleinere Stücke zu gießen, woraus schließlich die runde Münze wurde, welche aber vorerst noch gegossen wurde. Erst etwa 500 Jahre v. Chr. wurde angefangen zu prägen. Redner ging dann auf das Thema der Münzfälschung über, und betonte, daß gerade in Offenbach ein Fürstlich Hessenscher Hofrath Namens Becker es war, welcher vermöge seiner Kenntnisse einen hohen Grad von Fertigkeit in der Münzfälscherei erlangte, und dessen Erzeugnisse bis vor etwa 40 Jahren noch als ächte antike Münzen galten, da sie durch ihre saubere Ausführung von den ächten schwer zu unterscheiden waren. Reicher Beifall wurde dem Herrn Referenten für seinen lehrreichen Vortrag zu Theil, welcher noch durch das Vorzeigen alter römischer Münzen, sowie von Prägewerkzeugen einen besonderen Werth erhielt. Anschließend an diesen, sowie an die nach folgenden Vorträge, ist von der Zahlstelle des D. M. B. ein Besuch des Frankfurter Museums geplant. Als 2. Punkt war ein Referat über „Die Bedeutung des 1. Mai“ auf der Tagesordnung. In klaren und deutlichen Worten führte ein Kollege die Bedeutung des 1. Mai vor Augen. Er führte aus, daß der 1. Mai als Tag der Demonstration von den Arbeitern aller Länder gefeiert werden müsse, um einestheils gegen die heutigen Verhältnisse und andertheils für den Achtundentag zu demonstrieren. Denn nur durch eine vernunftgemäß geregelte Arbeitszeit seien bessere Arbeitsbedingungen und eine Verminderung der großen Reservearmee möglich. Redner ermahnte die Anwesenden, in allen Fabriken und Werkstätten dahin zu wirken, am 1. Mai als dem Allerseelentag die Arbeit ruhen zu lassen. Auch hier lohnte reichlicher Beifall dem Redner. Weiter wurde von einem anwesenden Schuhmacher ein Bericht über den Stand des Schuhmacherstreiks abgegeben. Die Metallarbeiter verpflichteten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Streik zu unterstützen. Auch wurde den Erhebern aufgegeben, freiwillige Beiträge für die Schuhmacher zu sammeln. Am Schluß der Versammlung wurde noch ein, von einem Kollegen geschenkter Vogel zu Gunsten der streikenden Schuhmacher versteigert. Die Auktion ergab den Betrag von 11,50. — Angefichts dieser Thatfachen, daß der Verband nur bildend und belehrend auf den Geist eines jeden Mitgliedes einwirkt, und daß die Mitglieder auch noch andere in das Auge springende Vortheile von demselben haben, wäre es doch endlich an der Zeit, daß sich die uns noch fernstehenden Kollegen organisieren, um mit uns Schulter an Schulter für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Stuttgart. Am 13. April fand im großen Saale des „Hirs“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit dem Thema: „Stellungnahme zur Feier des 1. Mai.“ In Anbetracht der großen Zahl der hiesigen Metallarbeiter ließ der Besuch zu wünschen übrig. Besonders sind es die Hiesiger Metallarbeiter, welche seit letzter Zeit sich sehr launig zeigen. Der Referent, Kollege Herrmann, entledigte sich seiner Aufgabe vortrefflich. Mit zündenden Worten legte derselbe den Anwesenden die Bedeutung des 1. Mai dar. Hauptinhalt ist es der ständige Arbeitstag, für den an

diesem Tag in allen Industrieländern demonstriert werden solle. Der Vorwurf alter Handwerker, daß früher viel länger gearbeitet worden sei, sei falsch, da nach Abrechnung der vielen gesetzlichen Feiertage von damals eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden pro Tag übrig bleibt. Weiter solle am 1. Mai für Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit demonstriert werden, was ebenfalls eine ganz gerechte Forderung der Arbeiterklasse ist, da durch die Ueberanstrengung derselben für die kommenden Generationen sehr üble Folgen in Bezug auf körperliches Wachstum nicht ausbleiben werden, oder sollen die Frauen wenigstens ebenso entlohnt werden wie die Männer. Im Weiteren kommt Redner auf die bevorstehende Lohnbewegung zu sprechen und legt den Anwesenden an's Herz, überall wo es auch sei, für die Organisation thätig zu wirken, damit die hiesigen Metallarbeiter eine Macht bilden, mit welcher die Unternehmer zu rechnen hätten, denn sonst könne eine Lohnbewegung mit der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit nicht durchgeführt werden. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Energie für die Arbeitsruhe am 1. Mai, sowie für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag und entsprechende Lohnhöhung, sowie auch für Stärkung der Organisation thätig einzutreten.“

Schmiede.

Karlsruhe. 26. April. Heute sind 50 Fuß- und Wagenschmiede sowie ca. 30 Wagner in den Ausstand getreten, weil die von uns gestellten Forderungen nicht bewilligt wurden. Zugang ist fernzuhalten.

Nürnberg. In der am 24. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Schmiede wurde über die Arbeitsverhältnisse nach dem Streik berichtet. Wie bekannt, wurde durch Vergleich nach 3 Tagen die Arbeit wieder aufgenommen. Jetzt stellt sich heraus, daß sich die Zaghaftigkeit und Nachgiebigkeit der Gesellen bitter rächt. Die Sektionsverwaltung wurde geradezu dazu gedrängt, den Vergleich anzunehmen. Obwohl die Meister statt 67 Stunden die 61 zugaben, haben sie beschlossen, die Feiertage abzugeben. Auch betreffs der Lohnzahlung scheiterten die Streikenden den Meistern zu viel Vertrauen. Im Vergleichsprotokoll steht: „Wo sich schlechte Schlafstellen befinden, sind den Gehilfen 1,50 zu vergüten, damit dieselben außer dem Hause logiren können.“ Die Meister aber drehen es herum und rechnen für ihre Schlafstellen, obwohl 3—4 Mann in einem Räume schlafen müssen, 1,50 pro Mann auf. Für Kost zahlen sie 1,70. Eine Ausnahme macht Meister Kösch, der nur 6 S. bezahlt, wahrscheinlich weil bei ihm die Kost zuvor auch nicht zu fett war. Wenn man nun den Stundenlohn im Durchschnitt betrachtet, welcher sich auf 23, 26, 27, 30, ausnahmsweise bis zu 40 S. bezieht, so darf man sich nicht wundern, wenn eine allgemeine Unzufriedenheit herrscht. Wenn nun aber die Meister glauben, ihre Schächsen nach zwei Seiten ruhig scheeren zu können, so irren sie sich. In den hiesigen Tagesblättern ließen sie einen pomphaften Artikel los, der das Begehren der Gehilfen als nur zeitgemäß schildert, um damit einen Preisausschlag ihrer Arbeiten zu rechtfertigen. Aber die Gehilfen sind diesmal gewitzigt worden, sie werben ihre Forderung in Bälde durchdrücken. Nun ist es notwendig, daß Zugang von Schmieden nach Nürnberg fern gehalten wird, um so mehr, da es den Anschein hat, als sollten Maßregelungen vorgenommen werden. Zudem werden die Fürther Kollegen dieselben Forderungen an ihre Meister stellen, wie die hiesigen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. (G. S. 29, Hamburg).

Der Versandt unserer Jahresabrechnung pro 1896 an die Filialen ist beendet. Sollte eine Filiale keine Jahresabrechnungen bekommen haben, so ersuchen wir, sofort bei uns zu reklamieren. Hamburg, April 1897.

Der Vorstand.

An die Verwaltungsstellen der 49. Wahlabtheilung.

Die Kollegen derjenigen Orte, die eine mündliche Berichterstattung über die Generalversammlung wünschen, ersuche ich, mir dieses mitzutheilen. Um die Agitation für den Verband zu fördern, wird es zweckmäßig sein, in Verbindung mit der Berichterstattung öffentliche Versammlungen einzuberufen, um auch die uns noch fernstehenden Metallarbeiter für den Verband zu gewinnen.

Mit kollegialen Gruß
H. Zehner, Jena, Schubertstr.

Resolution.

Zwischen den verschiedenen Zahlstellen des Metallarbeiter-Verbandes in Nürnberg waren in den letzten Monaten Differenzen ausgebrochen, die durch gemeinsame Aussprache der beteiligten Genossen vollständig ausgeglichen wurden. Die gegen Genossen Breder in Umlauf gesetzten Gerüchte gelten als erledigt; es besteht keine Veranlassung, auf Verhältnisse zurückzugreifen, die durch Kongreßbeschlüsse längst geordnet sind. Genosse Breder hat sich verpflichtet, eine gegen den mitunterzeichneten Genossen Basel zur Generalversammlung in Braunschweig unabhängige gemachte Beschwerde zurückzuziehen. Die verschiedenen Zahlstellen haben sich geeinigt, alle örtlichen Verbandsangelegenheiten, soweit nicht spezielle Berufsangelegenheiten in Betracht kommen, gemeinsam zu beraten und zu erledigen.

- Die Bevollmächtigten:
Jos. Huber (Allg.),
Kunrad Brunner (Schmiede),
Gg. Chr. Basel (Metalldrücker),
Adw. Zeitrag (Koch- und Glockengießer),
Paul Krauß (Glasmacher),
Phil. Höpner (Heißzeugmacher),
W. Breitshuh (Formner).

Gerichts-Zeitung.

Der Staatsanwalt gegen die Gewerbegerichts-Beisitzer. Der Kellner U., Mitglied des Gewerbegerichts zu Berlin, hatte in einer Versammlung der Arbeitnehmer und Beisitzer jenes Gerichts gegen den Vorsitzenden des Gerichts schwere und ungerechtfertigte Vorwürfe erhoben.

Telegramm.

Von der Firma F. J. Gerber in Köln a. Rh. ist Bezug von Formern fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Augsburg. Samstag, 8. Mai, Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“. Vortrag von H. Straßberger. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Bamberg. Samstag, 8. Mai. Vortrag.
Berlin. Montag, 3. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 21 (großer Saal). Bericht der Ortsverwaltung.

- Linden-Hannover. (Sektion der Feilenhauer und Schleifer.) Montag, 3. Mai, im „Ballhof“.
Mitteldeutsch. (Sektion der Metallzainer.) Samstag, 8. Mai, Abds. 8 Uhr, in der „Gold. Rose“.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 8. Mai, Abds. halb 9 Uhr im „Jammertal“.
Pforzheim. Montag, 3. Mai, Abends 8 Uhr, im „Gold. Löwen“.
Regensburg. Samstag, 8. Mai, Abds. 8 Uhr, im „Gold. Ritter“.
Reutlingen. (Sektion der Drahtweber.) Samstag, 7. Mai, Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Bamberg. Die reisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich vom 1. Mai ab die Herberge in der „Blauen Glode“ befindet, woselbst das Reisegeld ausbezahlt wird.

- Bitterfeld. Der Schlosser Waldemar Rib, geb. am 23. Dezember 1875 zu Frankfurt, B. Nr. 150 057, wird er sucht, um seinen Aufenthaltsort zu bezeichnen.
Bielefeld. (Sektion der Feilenhauer.) Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: G. Herleb, Bielefeld-Gadderbaum K 16.
Dessau. Sonntag, 2. Mai, Morgens 8 Uhr, Familienausflug nach Großfahnen.
Freiburg. Samstag, 1. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in Simmer's Gartenhalle, Bertholdstr., Maifeier.

Öffentliche Versammlungen.

Oberstein a. d. Rabe. Sonntag, 2. Mai, Nachmittags 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Saale der Dwe. Klein. Kollege Hofrichter aus Köln wird eine der Bedeutung des Tages entsprechende Rede halten.

Privat-Anzeigen.

Nachruf. Am 15. April verschied nach langem Leiden an der Proletariatskrankheit unser langjähriges Mitglied Michael Benauer im Alter von 36 Jahren. Ihre feinem Andenken.
Erbsverwalter Landshut. [162]
Mehrere tüchtige Eisendreher und ein erfahrener Friseur auf Werkzeugmaschinen finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienste.
Schwäger Gerson (Jah. G. Lang), Werkzeugmaschinenfabrik, Stettin, Pommernstraße 13.

- Ein jüngerer Gelbgießer an die Drehbank auf Armaturarbeit gesucht.
159] A. Malling, Rostock i. M.
Ein tüchtiger Feilenhauer wird sofort auf dauernde Arbeit gesucht.
157] J. Müller, Dollar b. Sießen (Oberhessen).
Ein tüchtiger ordentlicher Feilenhauergehülfe kann sofort in dauernde Arbeit treten bei
158] J. Fr. Lippa, Feilenhauermeister in Sorau, N.-L.
Suche sofort 2 tüchtige Feilenhauer bei hohem Lohn auf dauernde Arbeit. Reisegeld wird vergütet.
156] Wwe. Strubmann, Feilenhauerin, Grimma i. S.
Suche sofort einen Feilenhauergehilfen auf kleinere Arbeit.
160] J. Ammon, Feilenhauermeister, Fürth (Bayern), Theaterstr. 10.
2 Feilenhauer bis 1. Mai gesucht.
162] Carl Braselmann, Unter-Barmen.
Einen tüchtigen Feilenhauer auf Schlicht- und schwere Feilen sucht
163] W. Hühlinghaus, am Rothen, Barmen.
Ein Feilenhauer auf mittel. Arbeit kann sofort Stellung erhalten bei
164] O. Ulrich, Feilenhauermeister, Duedlinburg a. S.

- Tüchtiger Lehmformer für dauernde Arbeit gesucht. Meldungen mit Zeugnisabschr.
165] C. J. Wermser, Staßfurt.
Geschäftsführer. Für eine größere Silberwarenfabrik wird ein Geschäftsführer, welcher praktische Erfahrung in dieser Branche besitzt und bereits in ähnlicher Weise thätig war, gesucht für dauernde und selbstständige Stellung.
Nur Prima-Offerten erbeten unter Nr. 12 an die Exped. ds. Bl. [137]
Tüchtiger Schlosser, fern im Schneidmaschinenaufbau und Reparatur, sowie anderer landw. Maschinen per sofort für dauernd gesucht.
152] Frimberger's Maschinenfabrik, Freising.
Ein tüchtiger Stahlgrober, der im Tiefgraben geübt ist, findet dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten an
158] Martin Mayer, Mainz.

Für Dreher, Schlosser, Maschinenbauer &c. Eine von Seiten der Eisen- und Metallbrecher lang-ersehnte und unentbehrliche Broschüre ist soeben erschienen und durch Unterzeichneten direkt zu beziehen:

Berechnungen der Support- und Reifstockstellung zum Drehen konischer Solzen, Zapfen u. Wellen, sowie Bohren konischer Löcher auf Drehbänken und Hobeln schräger Flächen auf Hobel-Maschinen. Mit einer geometrischen Einleitung, 53 Abbildungen nebst einer Winkeltabelle zur Anfertigung von Winkelgraden. Von Charles Frei. Preis M. 1,30. Bei Partienbezug von je 6 Stück à M. 1,10.
Zum Abmessen des berechneten Supportumdrehungsmasses empfehle vorzügliche Messingmaßstäbe von 100 x 10 x 0,5 mm mit Millimetertheilung. Preis M. —,50.
Diese Maßstäbe können in die genaue Rundung der Supportflanschen gebogen werden und geben die beste Gewähr gegen Entzweispringen. Dieselben kann man auch als Tiefmaß usw. benutzen.
Gleichzeitig empfehle: Prakt. Selbstunterricht im Berechnen der Wechselräder zum Gewindefschneiden mit 40 Abbild. und 36 Tabellen. M. 1,35. Vortrag über Gewindefberechnung M. —,30. Skala zum Drehen und Bohren äußerer und innerer Whitworth- und Gasgewinde zum prakt. Werkstattgebrauch. M. —,15. — Spitze Gewindeflehre zum Feilen, Schleifen und Gerabeinspannen der Gewindefstäbe mit 70, 60, 55 und 45°. M. —,80. (Bisheriger Umfang 1200 Stück.)
Illust. Preislisten über Maschinenzuge gegen 25 J. Für genaue Maßeinteilung sowie exakte Ausführung meiner Messingmaßstäbe, Gewindeflehren, sowie Schieblehren teile ich volle Garantie und werden dieselben, im Falle nicht auf Lager, umgehend in Arbeit genommen. Preise verstehen sich gegen baar oder Nachnahme. Bei kleinen Beträgen werden Briefmarken in Zahlung genommen.
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Aug. Loss, Siebidenstein-Gasse a. J. NB. Diejenigen, welche den Vertrieb in Werkstätten oder an einem Orte übernehmen, erhalten Preisermäßigung.
Empfehle mich den Kollegen im Anfertigen von hochfeinem Formwerkzeug. Sendungen über 10 M. franko.
Maßstäbe, Tafeln in solider Ausführung jederzeit auf Lager. Nicht Zugendes tausche um.
Fritz Schneiderberger, St. Ulrichstr. 36, Halle a. S. [139]

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Straßenkarten, geb. M. 1,50. Ca. 2000 Anzeigekarten z. Eingeführt zur Berechnung des Reisegeldes bei den Zentralverbänden: Drauer, Forster, Fabrikarb., Holzarb. (Berb.) Metallarb., Tabakarb., Bergarb. Befest. Eisenarb. f. Radfahrer. Zu bez., auch geg. Briefe, a. S. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhändler, u. d. S.